

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig

39. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 16. Februar 1901.

№ 20.

Die Generalkommission der Gewerkschaften

erstattet im Korrespondenzblatte einen, gedrängten Bericht über ihre Thätigkeit in der Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900. Die Herausgabe eines Berichtes in der vom letzten Gewerkschaftskongresse gewünschten Form — heißt es einleitend — habe sich mangels der der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte noch nicht bewerkstelligen lassen, doch befriedigt unsers Erachtens der vorliegende Bericht nach jeder Richtung, soweit man nicht Anspruch auf die ausführliche Darstellung von Einzelheiten erhebt.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission, welche Institution der deutschen Gewerkschaften im November 1900 auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, betont unter Allgemeines und im Hinweife auf die bereits im Corr. (Nr. 101 von 1900) bekannt gegebenen Ziffern das Wachstum der Mitgliederzahl der Gewerkschaften. Diefelbe betrug im Jahre 1891 noch 277 659 und stieg im Jahre 1898 auf 491 955, während sie 1899 die Ziffer 580 473 erreicht; dieses Wachstum soll auch im Jahre 1900 angehalten haben, „obgleich in einzelnen Gewerben sich eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit zeigte, welche, wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgange in der Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verbunden zu sein pflegt“. Diesbezüglich befürchtet der Bericht auch eine ungünstige Einwirkung der niedersteigenden Konjunktur und empfiehlt, „durch eifrige Agitation vorzubeugen, daß ein allzu großer Verlust an Mitgliedern eintritt“. Weiter hebt der Bericht hervor, daß dank eines heute größern Zusammenhaltens unter den gewerkschaftlichen Zentralverbänden die Agitation sich leichter als vor zehn Jahren gestalten habe und darauf auch das gemeinsame Wirken und Handinhandarbeiten der Gewerkschaften zurückzuführen sei. Die Beitragsleistung (die Beiträge betragen von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal und Mitglied) ist eine regelmäßiger und beweist die finanzielle Erstärkung der einzelnen Gewerkschaften. Diese Quartalsbeiträge betragen von 1890 bis 1892 2160 Mark, von 1892 bis 1896 pro Halbjahr 11 586 Mark, von 1896 bis 1899 pro Halbjahr 19 278 Mark; im ersten Halbjahre 1900 25 277 Mk., im zweiten Halbjahre 1900 35 767 Mk. Daß durch diese steigende und regelmäßige Beitragsleistung die Generalkommission in die Lage versetzt ist, ihre Zwecke und Ziele nachdrücklicher als früher zu fördern, ist selbstverständlich. Waren es anfänglich nur wenige, so sind nunmehr „alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen“. Die Abwehr gegen die Buchhausvorlage erforderte einen Kostenaufwand von 30 000 Mk., in diese Summe sind inbegriffen die Kosten für die von der Generalkommission versandten $3\frac{1}{2}$ Millionen Flugblätter. Ferner fanden in allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, Protestversammlungen statt. Außerdem wurde, den Reichstagsabgeordneten noch eine Denkschrift über die Streiks und Streikergehen übermittelt. Diese

energische Thätigkeit der Generalkommission zum Schutze der Koalitionsfreiheit hat zweifellos nicht unwesentlich jenen Gesetzentwurf beseitigt, wenn es auch nicht ganz zutreffend ist, was der Bericht sagt, daß nämlich infolge dieser Bewegung der Reichstag dem Buchhausgesetze ein klägliches Ende bereitere.

Unter Agitation sagt der Bericht bezüglich der in Ost- und Westpreußen sowie in Oberschlesien errichteten Agitationskommissionen, daß deren Erfolg in keinem Verhältnisse zu den aufgewandten Mitteln und Kräften standen. Hieraus ergebe sich, daß noch mehr geleistet werden müsse und soll zunächst im Hinblick auf 11 vorhandene Verbände vom 1. April 1901 ab in Posen für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache herausgegeben werden, dessen Herstellungskosten zu zwei Dritteln von den direkt beteiligten Verbänden und zu einem Drittel von der Generalkommission getragen werden sollen. Lebhafte Beschwerde erhebt der Bericht gegen die polnische sozialdemokratische Partei, weil „sie einen Gegensatz zwischen dem polnisch und dem deutsch sprechenden Teile der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu schaffen sucht und die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtigt“. Doch haben diese Quertreibereien trotzdem das Vorwärtsschreiten der Gewerkschaftsbewegung in der Provinz Posen und namentlich in der Stadt Posen nicht hindern können. Eine Reihe weiterer Schritte nennt noch der Bericht, welche behufs einer zweckmäßigen Agitation getan wurden.

Daß Verhältnis der Generalkommission zu den Gewerkschaftskartellen habe sich, gestützt auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftskartelle des letzten Gewerkschaftskongresses, sehr günstig und freundschaftlich gestaltet. Dieses harmonische Verhältnis bestehe natürlich nicht mit dem Leipziger Gewerkschaftskartelle. Der Bericht gibt eine Schilderung der unseren Lesern bekannten Ursachen und tadelt mit aller Schärfe die Anerkennung einer Sonderorganisation durch das Kartell, „welcher der Gewerkschaftskongress ausdrücklich und rückwärtslos die Anerkennung versagte“.

Die Generalkommission habe alles versucht, um auf gütliche Weise das Leipziger Kartell zur Aufgabe seines falschen und schädlichen Standpunktes zu bewegen. Aber — sagt der Bericht —

„die Liebe zu einer Sonderorganisation, welche ihren Daseinszweck in der Bekämpfung des gewerkschaftlich bewährten Buchdruckerverbandes sah, war so groß, daß man im Kartelle vollständig überlag, welche unangenehmen Folgen die Anerkennung einer Gegenorganisation haben müsse. Die Folgen sind eingetreten. Ein in der Arbeiterbewegung unerhörter Stand hat sich entwickelt. Eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft in einem der sozialdemokratischen Partei gehörenden Gewerbe seine Mitglieder zum Streit greifen. Die Gegenorganisation stellt die Streikföder und der Streikbruch wird von Gewerkschaften, die auch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, als im Interesse der Partei liegend entschuldigt. Das ist der Stand der bösen That. Wenn ein Gewerkschaftskartell, wenn ein sozialdemokratisches Blatt der Absplitterung in der Gewerkschaftsbewegung das Wort redet, so müssen die Dinge schließlich kommen wie sie gekommen sind... Die Generalkommission hat, als das Leipziger Gewerkschaftskartell nicht gemäß den Beschlüssen des Ge-

werkschaftskongresses handeln wollte, alle Beziehungen mit diesem Kartelle abgebrochen. Die Aufforderung an die Vorstände der Verbände, die Delegierten aus dem Leipziger Kartelle zurückzuziehen, hatte geringen Erfolg. Ein direkter Einfluß steht den Vorständen nicht zu, weil die Delegierten zum Kartelle in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Jedenfalls werden die Verbände, wenn der Streit in Leipzig nicht zu einem beschließenden Abschlusse kommt, zu entscheidender Stellungnahme genötigt sein. Daß die Buchdrucker-Gewerkschaft und ihr Organ der Generalkommission die unlauteften Motive, so die Rücksicht auf die Beitragsleistung des Buchdruckerverbandes, für ihr Vorgehen nachsagte, ist bei dem Charakter dieser Organisation und ihres Organs selbstverständlich. Jeder Mensch pflegt ja bei den Handlungen anderer dieselben Motive vorauszusetzen, die ihn selbst bei seinen Handlungen leiten. Dasselbe trifft auch auf diejenigen zu, welche sich in der Rolle des Nachsetzers dieser Unterstellungen gefallen. Wenn je an einer Stelle, so war es gegenüber dem Leipziger Gewerkschaftskartelle einfachste Verpflichtung der Generalkommission, so zu handeln, wie geschehen.“

Das so überaus wichtige Kapitel der Statistik wird in der Folge seitens der Generalkommission mit besonderer Sorgfalt behandelt werden. „Es sind — heißt es im Berichte — nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird.“ Durch diesen Ausbau der Gewerkschaftsstatistik — „zur Zeit weitaus besser als je zuvor“ — wird auch mehr und mehr ein Vergleich mit der amtlichen Streikstatistik ermöglicht und den Behörden die Möglichkeit, „aus der amtlichen Streikstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können“, entzogen. Dieser Punkt erheischt die ganze Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsbeamten.

Der in dem Berichte die Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse behandelnde Teil des Berichtes ist in der Hauptsache in unseren gewerkschaftlichen Monatsberichten eingehend erörtert worden. Erwähnt sei noch, daß seit dem letzten Gewerkschaftskongresse insgesamt 36 Generalversammlungen resp. Verbandstage der einzelnen Berufe stattfanden.

Der Frankfurter Gewerkschaftskongress hatte die Generalkommission beauftragt, „für Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung zu sorgen und die Wahlen der Arbeitervertreter zu leiten“. Die Generalkommission hat daraufhin eine Broschüre: „Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben“ in 10 000 Exemplaren hergestellt und soll jeder Bevollmächtigte eines Zweigvereins ein Exemplar gratis zur Verwendung bei der Agitation durch den Vorstand seiner Organisation erhalten. Sowohl bei den Wahlen der Vertreter resp. Beisitzer bei den Rentenstellen (Ende 1898) wie auch bei den Wahlen der Beisitzer in den Schiedsgerichten (Ende 1900) hat die Generalkommission den in Betracht kommenden Stellen entsprechende Anweisungen gegeben und sind auch teilweise Erfolge erzielt worden, welche durch eine zielbewusste Thätigkeit in den nächsten Jahren verallgemeinert werden sollen. Der auch von uns behandelte Vorschlag der Berliner Gewerkschaftskommission, „in Berlin ein Sekretariat zu errichten, welches die Vertretung der Versicherten vor dem Reichsversicherungsamte übernehmen soll“, konnte infolge der geforderten erheblichen Zuschüsse, welche die Generalkommission

aufbringen sollte, von dieser nicht unterstützt werden und soll der nächste Gewerkschaftskongress die Entscheidung über diese Frage treffen.

Das Korrespondenzblatt erscheint, wie bereits mitgeteilt, seit 1. April 1900 sechzehnseitig und seit 1. Januar 1901 bei gleichem Umfange in etwas vergrößertem Formate. Bei der jüngst vollzogenen Anstellung eines besonderen Redakteurs für das Korrespondenzblatt hatten sich 17 Bewerber gemeldet. Seine Auflage stieg von 8950 Exemplaren im Juni 1899 auf 10900 im Dezember 1900. Infolge Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine wurde die längst vergriffene Broschüre „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes“ in einer Auflage von 5000 Exemplaren neu herausgegeben. Die mehrfach von uns erwähnte italienische Zeitung „Operaio Italiano“ erreichte im Jahre 1899 eine Auflage von 3000, im Jahre 1900 eine solche von 4400 Exemplaren.

Um die Agitation unter den in Deutschland lebenden italienischen Arbeitern auch sonst noch fördern zu können, wurde ferner eine Broschüre in italienischer Sprache mit einer Auflage von 4000 Exemplaren herausgegeben. Diese Tätigkeit im Interesse der italienischen Proletarier blieb insofern nicht unbelohnt, als der Redakteur der genannten Zeitung einen Ausweisungsbefehl von der „Republik“ Hamburg erhielt, der für das Blatt selbst natürlich vollständig wirkungslos blieb.

Die von der Generalkommission veranstalteten Sammlungen für die Ausgesperrten in Dänemark ergaben einschließlich der direkt nach Dänemark gesandten Gelder die Summe von 217572 Mk. Für die österröschischen Bergarbeiter wurden durch die Generalkommission 49000 Mk. aufgebracht.

Seit dem letzten Gewerkschaftskongresse hat die Generalkommission 81 und der Gewerkschaftsausschuß 6 Sitzungen abgehalten. Wenn die oberste Instanz der deutschen Gewerkschaften den erfreulichen Ausschwing der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auch für die nächsten Jahre prophezeit, so spricht sie damit jedem Gewerkschafter aus dem Herzen. Und wenn die Generalkommission zum Schlusse sagt: „Die Kommission wird nach wie vor bemüht sein, ihr bescheidenen Teil zur äußeren Entfaltung und innern Erstarkung der Gewerkschaften beizutragen“, so darf sie der Unterstützung aller Gewerkschaften sicher sein — und auch des Dankes, daß sie unter schwierigen Verhältnissen das große Ganze um ein gehöriges Stück Weges vorwärts gebracht hat.

Der diesem Berichte angefügte Rassenbericht ergibt am 31. Dezember 1900 einen Rassenbestand von 55652,65 Mk.

Der sozialdemokratische Parteivorstand

hat in Sachen der Maßregelung unserer Kollegen in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung dem Vorwärts eine 24seitige Broschüre beigelegt, welche angeblich „den chronologischen Verlauf der Angelegenheit festzulegen“ berufen sein soll, weil in der Parteipresse und in der Fraktion „Urteile über die Leipziger Vorgänge laut geworden sind, welche nur aus irrtümlicher Information entstehen konnten“. In der Hauptsache dürften diese „irrtümlichen“ Urteile in einer etwas mehr freundlichen Haltung den Buchdruckern gegenüber bestehen und mag es im Parteiinteresse liegen, derartige „Irrtümer“ zu korrigieren.

Gegen diese Broschüre im Corr. zu polemisieren ist überflüssig. Denn dort, wo die Broschüre ihre Wirkung ausüben soll, reicht der Corr. nicht hin und unsere Kollegen bedürfen in der schwebenden Angelegenheit einer weitem Aufklärung nicht. Bei den hungernd am Wege stehenden Leipziger Sozialdemokraten wird das vom Himmel kommende „Manna“ eitel Freude und Lust erwecken, weiß man doch, daß eine päpstliche Encyklika oder ein zarischer Ukas keine so gläubige Gefolgschaft findet als eine Publikation des sozialdemokratischen Parteivorstandes. In dieser Hinsicht gehörten die Buch-

drucker von jeher zu den Irr- und Angläubigen, weshalb sie wiederum, wie schon so oft, der Dankschuld trifft — aber sie verbrennen auch diese Bulle.

Wie gesagt, fällt es uns nicht ein, im Corr. diese Broschüre kritisch zu beleuchten, aber was wir als unsere Pflicht erachten, ist, die Stimmungsmache zu kennzeichnen, mit welcher die deutschen Sozialdemokraten in die Beurteilung des Falles selbst eingeführt werden. Man muß wissen wer hier „belehrt“ und wer zum Schiedsrichter in diesem Streitfalle berufen werden soll: Hunderttausende von Arbeitern, die in der Kenntnis der Buchdruckerberufstätige noch indifferent sind als der sozialdemokratische Parteivorstand es ist. Von diesem Gesichtspunkte aus wird die Einleitung der Broschüre die gewollte Wirkung äußern und damit ist dann im allgemeinen das Urteil über die deutschen organisierten Buchdrucker fertig: „der Parteivorstand hat's gesagt!“

Trotz der größten Vorsicht, die der Beauftragte des Parteivorstandes — wohl der Herr Auer — bei der Abfassung der Broschüre walten ließ, ist die bestimmte Absicht unverkennbar, die organisierten Buchdrucker im Gegensaatz zu allen anderen organisierten Arbeitern erscheinen zu lassen. Der Verfasser erwähnt das seit langen Jahren in Leipzig bestehende gespannte Verhältnis zwischen den Buchdruckern und der Partei. Das sei darauf zurückzuführen, weil „die Organisation der Buchdrucker in Leipzig, deren Mitgliederzahl über 2000 betragen soll („soll“ ist gut, obwohl gerade in der letzten Zeit dühnendemale gesagt wurde, der Verband hat in Leipzig 2500 Mitglieder und obwohl Herr Auer als eifriger Leser des Corr. sonst jede Notiz des Corr. in dem gegenwärtigen Streitfalle zu verwerten weiß. D. Red.), in ihrer Mitte eine große Zahl — ja wahrscheinlich die Mehrheit — von Personen hat, die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (Gewerkschafts- oder Parteibewegung oder beides? D. Red.) fremd, zum Teile sogar feindlich gegenüber stehen. Es kommt dazu, daß der Verband von jeher Freunde und Gönner auch in den Prinzipalskreisen gehabt hat.“

Wir zweifeln nicht daran, daß diese „objektive“ Darstellung der Verhältnisse in sozialdemokratischen Kreisen mit dem nötigen „Verständnisse“ aufgenommen wird. Tatsache ist jedoch, daß gerade in Leipzig — bis zum Jahre 1896 — unsere Kollegen mehr als in jeder andern Stadt des Deutschen Reiches der Zahl und der Tätigkeit nach an der Spitze der sozialdemokratischen Partei standen und jahrelang die inneren Kämpfe unter unseren Kollegen in Leipzig darauf zurückzuführen waren, weil der Parteigenosse über den Buchdrucker gestellt wurde und weil schließlich auch der Parteigenosse über den Buchdrucker siegte. Die jahrelangen Differenzen zwischen den Buchdruckern und den Leipziger Parteigenossen bestehen daher entweder in der Phantasie des sozialdemokratischen Parteivorstandes oder sie sind ein Beweis dafür, daß es sich bei diesen Differenzen in Wirklichkeit handelte um einen Kampf zwischen parteipolitischer Herrschaft und gewerkschaftlicher Selbständigkeit.

Für den Hinweis, daß wir in Prinzipalskreisen auch „Freunde und Gönner“ haben, danken wir bestens. Die B.-W. braucht sich nun nicht mehr besonders zu bemühen, „nachzuweisen“, daß unsere Organisation unter dem Einflusse der Prinzipale steht. Daß die sozialdemokratische Partei ebenfalls Freunde und Gönner in Unternehmerkreisen besitzt, scheint derselben nicht schädlich zu sein oder „Differenzen“ mit den Proletariern hervorzurufen zu haben. Doch, das ist ja etwas andres, wird der Parteivorstand sagen.

Wenn in der Broschüre weiter gesagt wird, auf diese „politisch indifferenten Mitglieder mußte nun die lokale Verbandsleitung allezeit Rücksicht nehmen und so kam es z. B. (z. B. ist köstlich! D. R.), daß die im Verbandsorganisierten Buchdrucker für ihre Versammlungen und besonders für ihre Feste sich nie oder doch nur ausnahmsweise an die Beschlüsse der übrigen politisch oder ge-

werkschaftlich organisierten Arbeiter hielten“. Bekanntlich können die den Buchdruckern feindlich gesinnten sozialdemokratischen Kreise Leipzig keine andern Grund für ihren mit allen Feinheiten groß gezüchteten Haß gegen die Buchdrucker geltend machen als den der Lokalfrage. In dieser Frage haben die Leipziger Sozialdemokraten von jeher ebenso böswillig wie unehrlich geurteilt. Abgesehen davon, daß der Verband in demselben Lokale, in welchem seine Leipziger Mitglieder heute noch ihre Versammlungen abhalten, im Jahre 1866 gegründet worden ist und somit auch diese Imponderabilien vorurteilslos in Betracht zu ziehen wären, kommt noch hinzu, daß in dem von uns benutzten Lokale politische Versammlungen überhaupt nicht abgehalten werden und solches für das Amüsament der Genossen freigegeben ist, wie auch vor den letzten Reichstagswahlen das sozialdemokratische Agitationskomitee beschloß, daß der Kristallpalast ein „neutrales Lokale“ sei. Wenn die Herren Bollender und Dr. Bruno Schoenlant usw. usw. im Kristallpalaste verkehren können, ohne an ihrem parteigenössigen Gewissen Schäden zu erleiden, so dürften auch die Buchdrucker, die dort ihre Lebensinteressen beraten, deshalb nicht Veräter an der modernen Arbeiterbewegung sein. Davon schweigt aber der so gut unterrichtete sozialdemokratische Parteivorstand, daß eine ganze Reihe von Gewerkschaften gesperrte Lokale benutzen, ohne deshalb minder gute Parteigenossen zu sein. Freilich sind diese Leute keine — Buchdrucker. Es ist einfach traurig, daß der Parteivorstand mit seinem „historischen“ Aktentücke den Verband des in der Leipziger Partei üblichen Klatsches betreten muß, um „nachweisen“ zu können, daß die Buchdrucker schon immer nicht „die besten Brüder“ in puncto parteigenössigen Kadavergehorams gewesen sind. „Politisch indifferente Mitglieder“ weisen im Sinne der Broschüre die übrigen Leipziger Gewerkschaften prozentual in erdrückend höherer Zahl auf als die Buchdrucker, doch das weiß der Parteivorstand nicht, weil es nicht in den Rahmen der bedingungslosen Verurteilung der Buchdrucker paßt.

Die Broschüre geht dann auf den von seiten der Opposition im Namen der Sozialdemokratie geführten Kampf ein, der von allem Anfang an unter Anrufung der Partei und mit Unterstützung zahlreicher Organe der Parteipresse geführt wurde. „Für unsere Parteiziele ist jetzt die Situation ganz prächtig geebnet“, schreibt in jener Zeit ein Vertreter der Leipziger Macher. Daß diese einseitige Stellungnahme und Unterstützung der Heber und Zerplitterer durch die Parteipresse die deutschen Buchdrucker aufs tiefste empören mußte, davon weiß der Parteivorstand nichts, er sieht nur die „nicht ganz zweifelstfreie Ausnützung“ der dem Verbandsvorstand übertragene „außerordentlichen Vollmachten“ beim Anschlusse der Führer der Opposition. Die Tatsache verschweigt aber die Broschüre, daß diese Anschlüsse erst erfolgten, als die betr. Herren die statutarischen Beschlüsse der Generalversammlung bekämpften. In ähnlichen Fällen macht auch der Parteitag kurzes Federlesen.

Recht schlecht steht es mit den Kenntnissen des Parteivorstandes über die weitere Entwicklung des Streites. Weil die L. B. von vornherein Stellung gegen den Verband genommen, habe der Corr. „halb in offener, halb in mehr versteckter Form (her mit dem Dolus eventualis! D. R.) den Kampf gegen unsere Partei proklamiert.“ Der Corr. hat weder offen noch versteckt bei der Entwicklung des Streitfalles die sozialdemokratische Partei bekämpft, sondern erst nach drei Jahren, als die Beschlüsse unserer Mainzer Generalversammlung und des Gewerkschaftskongresses wiederum im Namen der Sozialdemokratie bekämpft wurden, der Partei den Vorwurf gemacht, daß sie diese Hege stillschweigend dulde und sich somit zum Mitschuldigen mache. Und diesen Vorwurf erheben wir heute noch.

Bedauert doch der Parteivorstand lebendig den „taktischen Verstoß“ seiner Leipziger Genossen.

Sie hätten von der allgemein innegehaltenen Richtung der Partei nicht abweichen sollen — von welcher „Richtung“ bleibt uns dunkel. Denn wenn man von ein paar Duzend Parteiblättern die mit Hochdruck betriebene Hege gegen unseren Verband duldet, was bleibt dann von einer andern „Richtung“ noch übrig? Doch der Parteivorstand macht aus seinem Herzen keine Mördergrube, er sagt, warum er den „taktischen Verstoß“ seiner Leipziger Genossen mißbilligt:

Gerade wenn man der Ansicht ist, daß die maßgebenden Leiter des Verbandes bewußt darauf hinarbeiten, den Verband immer mehr in Gegensatz zur Partei zu bringen, immer mehr von ihr abzurücken und den Verband von der Mitverantwortlichkeit für die Erscheinungen auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung frei zu machen, war es verfehlt, dieses Sezessionsbestreben der Verbandsleitung dadurch zu unterstützen, daß man in einer Frage scharf gegen den Verband Stellung nahm, über deren Würdigung in der Partei selbst keineswegs Uebereinstimmung herrschte...?

Das ist Auer'sche „Taktik“, wie er ja auch am 5. Dezember in Leipzig erklärte: „Man hätte für die Entlassungen einen andern Grund wählen sollen. Dieser Grund konnte ungerecht sein, aber wir (der Parteivorstand) hätten dann keinen Anlaß gehabt, einzugreifen.“ Die Buchdrucker können en casuelle behandelt werden, aber immer mit der nötigen Vorsicht, damit der Partei kein Schaden geschieht dadurch, wenn sich die Buchdrucker behufs Verteidigung ihres Rechtes zur Wehr setzen. Die Leipziger Genossen haben diese nötige Vorsicht nicht walten lassen, darum der „taktische Verstoß“ ist aber in Wirklichkeit der Verband in einen Gegensatz zur s.-d. Partei gekommen, dann trägt einzig und allein die Schuld nur die s.-d. Partei.

Das Hinauswerfen unserer gemäß des Kartellstatutes gewählten Vertreter aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell bezeichnet der Parteivorstand als „verfehlt“, so daß die Beschlußfasser diesen Beschluß „selbst wieder zurückgenommen haben“. Weil er „verfehlt“ war, Herr Auer? Nein, weil er seine Wirkung gethan hatte, wie man auch den jüngst gefassten Beschluß wieder aufhob, nachdem er zum Zwecke der Maßregelung unserer Kollegen seinen Zweck erfüllt. Das Unrecht wurde aber in beiden Fällen nicht wieder gut gemacht — das ist des Pudels Kern. Daß man, wie der Parteivorstand seinen Genossen erzählt, die organisierten Buchdrucker infolge der „Provokationen des Corr.-Redakteurs Rexhäuser“ aus dem Kartelle ausgeschlossen, ist eine in Leipzig frei erfundene erbärmliche Lüge, die der soz.-dem. Parteivorstand seinen Leipziger Genossen nachzählt. Dafür den Beweis anzutreten, sind wir jederzeit und an jeder Stelle bereit. Man hätte sich aber, sagt der soz.-dem. Parteivorstand, den unzuverlässigen Spuren seiner Leipziger Genossen folgend, durch Herrn Rexhäuser nicht provozieren lassen sollen:

Herr Rexhäuser hat sich offen und ohne jeden Vorbehalt als bewußter Gegner unfrer Partei ausgesprochen, Grund genug, gerade diesen Herrn von allem Einflusse auf unsere Beschlüsse fern zu halten.“

Der Parteivorstand kann nur von der löblichen Absicht geleitet sein, um jeden Preis die Buchdrucker resp. die Corr.-Redaktion ins Unrecht zu versetzen, sonst würde er solchen Unsinn nicht als Thatsachen verzapfen, noch weniger sich aber anmaßen, damit „irrtümliche Informationen“ richtig stellen zu wollen. Zu jener Zeit, als die „offenen oder versteckten Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei“, unsere „offene und bewußte Gegnerschaft“ und unsere „Provokationen“ die Beschlüsse der Leipziger Genossen beeinflusst haben sollen, gehörten wir selbst noch der sozialdemokratischen Partei als Mitglied an und der Parteivorstand ist nicht im Stande, uns bis zu jener Zeit aus dem Corr. eine Gegnerschaft gegen die sozialdemokratische Partei nachzuweisen. Damit fällt unsre im Interesse „der historischen Wahrheit“ zurecht konstruierte Parteigegnerschaft in sich zusammen und auch der Anlaß zu jenem Kartellbeschlusse. Bewiesen wird jedoch, wie die Genossen

über den Streit in Leipzig „belehrt“ werden. Um jedoch den Parteivorstand nicht ganz unbefriedigt zu entlassen, wollen wir ihm gerne zugestehen, daß unser von den Leipziger Hege betriebene, Ende 1897 erfolgte Ausschluß aus der Partei uns ganz naturgemäß mehr als gleichgültig gegenüber der sozialdemokratischen Partei gemacht hat. Wir haben zu wenig Anlage zu einem Hunde, um schweisbedelnd hinter einer Partei herzulaufen, die, wie seit Jahren bewiesen, das krasseste Unrecht ihrer Genossen demänzelt und stillschweigend die Arbeiterverbrüderung durch die strupelloseste Arbeiterverhehung und brutalste Rechtslosmachung des angegriffener schwächern Teiles ersehen läßt.

Und so wie wir denken in Leipzig noch viele hunderte von Buchdruckern, die ehemals zu den eifrigsten Parteigenossen gehörten. Und daß in fast allen Parteidruckereien der sozialdemokratische Parteivorstand mit dieser seiner Aechterklärung keinen Eindruck auf unsere Kollegen machen wird, ist ebenfalls nur die Folge des Verfahrens der Parteigenossen — und nicht bloß in Leipzig — gegen die Buchdrucker.

Damit hat sich erledigt, was wir vorläufig zur Einleitung der Broschüre zu sagen haben. Der Ton — der bekanntlich die Musik macht — auf den sie abgestimmt ist, wird in Parteireisen eine weitere Hege gegen die Buchdrucker zur Folge haben. So lange aber das „moralische und prinzipielle Recht“, um mit Hebel zu reden, auf unserer Seite ist, werden wir auch bei einer Mobilisierung der ganzen Partei nicht erschrocken werden können. Und wenn in der Broschüre mehrfach darauf verwiesen wird, daß der Corr. den „Trennbruch“ des Kollegen Wogenitz verteidigt hat, so werden wir dies auch in Zukunft thun, weil eben ein Trennbruch nicht vorliegt. (Siehe hierüber die untenstehende Erklärung des Kollegen Wogenitz.)

Wenn wir uns zum Schluß vergegenwärtigen, daß der sozialdemokratische Parteivorstand sich riesige Mühe geben mußte, um seine Leipziger Genossen ins Recht und uns ins Unrecht zu versetzen, so wird auch erklärlich, warum er die kleinlichsten Momente hervorhoben mußte, um bei den deutschen Sozialdemokraten den Eindruck zu erwecken, daß die angeblich parteifeindliche Verbandsleitung ursächlich den Konflikt verschuldet habe.“ Das genügt für die Parteigenossen zur „sachgemäßen“ Information und genügt für die Berechtigung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den Buchdruckerverband:

Der Parteivorstand hätte sich seine Broschüre ersparen können, wenn er — was er beim besten Willen in seiner Broschüre nicht aus der Welt schaffen kann — sich auf folgende Darstellung des Sachverhaltes beschränkt hätte: Die Kollegen Eisler und Engelbrecht erschienen am 13. November auf dem Parteibüreau und baten um die Vermittelung des Parteivorstandes in dem an Arbeitern demonstrierenden kapitalistischen Maßregelungsversuche der Leipziger Volkszeitung. Daraufhin schrieb Auer am gleichen Tage einen Brief an Heinisch, in dem es heißt (Seite 5 der Broschüre): „Vielleicht empfiehlt es sich, die bereits am nächsten Freitag fällige Kündigung der beiden Seher bis zur endgültigen Entscheidung hinaus zu schieben.“ Diesen Brief beantwortete Heinisch (Seite 5) unterm 14. November, „... daß an der Kündigung nichts zu ändern ist... ich bin an Beschlüsse gebunden.“ Nun konstatiert der Parteivorstand (Seite 6): Unsere ersten Bemühungen, den Frieden zu erhalten, waren also an dem Widerspruche der Leipziger Genossen gescheitert.“

Die Leipziger Sozialdemokraten glaubten eben der „Empfehlung“ des Herrn Auer keine Folge geben zu müssen in dem Empfinden, daß die Solidarität der Genossen schließlich doch den Buchdruckern das Unrecht aufpassen würde, wie auch geschähen. Jeder objektive denkende Mensch — er braucht gar kein Parteigenosse zu sein — muß zugestehen, daß derjenige, der erstmalig die gebotene Friedenshand zurückgewiesen hat, auch für alle Folgen verantwortlich ist,

die aus dieser Ablehnung resultieren. Damit ist auch dem Leipziger Kampfe das Urteil gesprochen, und es berührt mehr als eigentümlich, daß der Parteivorstand das Brückieren seines Vorschlages durch den Geschäftsführer Heinisch als ganz selbstverständlich empfindet, aber dem Kollegen Wogenitz die Schuld an der „Katastrophe“ bemessen will. Wer den Krieg heraufbeschworen hat, muß nun auch dafür verantwortlich gemacht werden, und wenn der Parteivorstand noch zehn Broschüren schreibt, wird er die Thatsache nicht hinweg leugnen können, daß die Buchdrucker in Leipzig nur um deswillen herausgefordert und als Arbeiter aufs Pflaster geworfen wurden, weil sie sich dem Leipziger Parteivorstand nicht fügten, weil sie als selbstständig handelnde und frei denkende Menschen vor dem Leipziger Geschäftssozialismus und der Leipziger Partei-Korruption nicht anbetend in den Staub sanken.

Der Parteivorstand ist der Meinung, daß die im Dezember veröffentlichte Artikelserie des Corr. und der Kampf, wie er in Versammlungen gegen die L. B. geführt wurde, „selbst aus der Zeit des Zwistes zwischen Cassaleanern und Eisenachern“ kein Beispiel habe. Lächerlich! Die Genossen unter sich bekämpfen sich heute noch weit schärfer und noch mit ganz anderen Mitteln als wir Arbeiter gegen parteikapitalistische Brutalität kämpfen. Es sollen eben wiederum die Buchdrucker als diejenigen verdächtigt werden, welche alles Maß und Ziel überschritten hätten, um damit Stimmung gegen die Buchdrucker zu machen. Wir wollen aber nur mit einigen öffentlich vorliegenden Beispielen dem Parteivorstande an die Hand gehen: So schreibt der Vorwärts in seiner Nummer vom 10. November 1899 in dem Artikel: „Die Sozialdemokratie in Amerika am Vorabend der Wahlen“:

„... Daß sich aus solchen sachlichen Differenzen nunmehr auch persönliche Feindschaften, Verletzungen, Beschimpfungen, Verleumdungen der schlimmsten Art ergeben, daß die beiden (sozialdemokratischen) Fraktionen einander erbitterter bekämpfen, als je die den gemeinschaftlichen Feind bekämpfen haben, ist zwar traurig, aber bei allen Konfliktarten dieser Art ist es von jeher ebenso gewesen.“

Der Parteivorstand wird nicht behaupten wollen und vor allem nicht beweisen können, daß unsere gemäßigten Kollegen, die ihre Existenz geopfert haben, auch nur annähernd in diesem Sinne vorgegangen sind wie die amerikanischen Sozialdemokraten. Weiß der sozialdemokratische Parteivorstand nicht, daß zwischen Cassaleanern und Eisenachern sogar Prügelkesseln vorgekommen sind? Weiß der sozialdemokratische Parteivorstand nicht, was der Volksstaat von 1870 über den „alten Töcke“ schreibt? Weiß der sozialdemokratische Parteivorstand nicht, was im Jahre 1897 die sozialdemokratische Sächsische Arbeiterzeitung über den Chefredakteur Dr. Br. Schoenankel schreibt? Hier ist es, was wir bisher immer noch unterdrückt haben:

„Ein Redakteur sin de side. An den Füßen nägelschlagene Bauernschuhe, bunt karierte Hose, weiße Weste, Frack, die eine Seite blutigrot, die ander eigeß, auf dem Kopfe die phrygische Mütze, die nach hinten in einen Schlafmützenzipfel endet, trägt er über die Schulter an schwarz-rot-weißem Bande die Trommel, auf die er mit dem Chefredaktionsstabe losschlägt, während er zugleich auf der Nase ein großes Schwert aus Pappe balanciert und mit der linken Hand aus dem Munde buntfarbige Bänder und Strohpfeuer zehrt — so eilt er aus Leibeskraften und kommt nicht vom Flecke, weil er die Spuren des linken Fußes sofort mit dem rechten, die Spuren des rechten Fußes mit dem linken verwischt. Durchtrieben und gerieben, hat er es bis zur Virtuosität gebracht in der Kunst, Schläge zu empfangen und verträgt die stärksten Puffer, ohne mit einer Wimper zu zucken.“

Wir behaupten, daß der soz.-dem. Parteivorstand sehr wohl weiß, daß wir vor lauter Friedensverhandlungen halb krumm und lahm geworden sind, aber solche „kleine“ Liebenswürdigkeiten, deren eine ganze Menge in der Broschüre verstreut sind, lassen eben eine bestimmte Absicht erkennen, sie beweist aber auch, daß wir Recht hatten, als wir in der letzten Leipziger Versamm-

lung sagten: „Die Buchdrucker stehen in der deutschen Arbeiterbewegung allein, sie haben keinen Freund als sich selbst.“ Diese Thatsache wird auf Betreiben unserer „Freunde“ in der Sozialdemokratie von Tag zu Tag augenfälliger.

Kollege Bogennitz richtete in dieser Angelegenheit an den Vorwärts in Berlin folgende

Erklärung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei bei den deutschen Parteigenossen in einer 1/2 Bogen starken Broschüre eine Darstellung des Streiks der Verbandsbuchdrucker in der Leipziger Volkszeitung gegeben, die auch der „Objektivität“ der Leipziger Parteigenossen insofern zur Ehre gereicht hätte, als darin das, was zu Gunsten der Verbandsbuchdrucker spricht, in den Hintergrund gedrängt, die Fehler aber, die etwa früher vor Beginn des Ausstandes seitens derselben gemacht wurden, in den Vordergrund gerückt werden und die sich außerdem bemüht, das Verschulden der Leipziger Parteigenossen an dem Konflikt in einem möglichst milden Lichte erscheinen zu lassen.

In diesem Bemühen nimmt es mich gar nicht Wunder, wenn der Parteivorstand mich als denjenigen den Parteigenossen vorstellt, welcher an dem Ausstande schuld sei dadurch, daß er einen Auftrag des Parteivorstandes, von welchem der letztere sagt: „Es ist 99 gegen 100 zu wetten, daß wenn Bogennitz loyal gehandelt und sich des Treubrudes nicht schuldig gemacht hätte, das äußerste, die Aufgabe der Arbeit seitens 27 Sepern, nicht eingetreten und ein Ausgleich der Differenzen in letzter Stunde noch herbeigeführt worden wäre“ (S. 11 der Broschüre, Zeile 3 von oben) — nicht ausgerichtet hätte.

Die Art und Weise, wie hier abermals ein Vorgang gegen die Verbandsbuchdrucker und insbesondere gegen mich zu Gunsten der Leipziger Parteigenossen ausgeschlachtet wird, veranlaßt mich, den Kollegen und Parteigenossen folgende wahrheitsgetreue Schilderung des Sachverhaltes zu geben.

Am Donnerstag, den 22. November, früh erhielt ich als Mitglied der Kommission der in der Leipziger Volkszeitung beschäftigten Verbandsbuchdrucker ein Exemplar des von der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung an die Parteipresse versandten Flugblattes. Ich wurde von meinen Kollegen beauftragt, eine Gegenerklärung zu verfassen, suchte bei Herrn Heinisch um Urlaub auf einen Tag nach und erhielt denselben. Auf dem Wege nach Hause sprach ich bei dem Lagerhalter des Leipzig-Plagauer Konsumvereins, Herrn Buhl, vor, mit dem ich die Vorgänge in der Leipziger Volkszeitung besprach und ihm den mir gewordenen Auftrag mitteilte. Buhl erklärte, wir hätten kein Recht zu einem derartigen Vorgehen, bis nicht die letzte Instanz, d. h. das energisere Eingreifen des Parteivorstandes, unerseits veranlaßt worden sei. Auf meine Entgegnung, daß die Leipziger Geschäfts- und Parteileitung bereits die Vorschläge des Parteivorstandes bezüglich der Inhabierung des Austrittes meiner Kollegen aus dem Geschäft mit der Bemerkung: „Sie hätten keine Veranlassung, ihre einmal gefassten Beschlüsse zu ändern“ abgelehnt hätten und mir ein nachmaliges schriftliches Eingreifen des Parteivorstandes vollständig aussichtslos erscheinen, erklärte Buhl: „Dann muß alles darangesetzt werden, daß einer vom Parteivorstande mitkommen und persönlich vermittelt.“ Ich ließ mich überzeugen und nach einer Besprechung mit einigen Kollegen, mir sowie den Genossen Buhl und Pinski, wurde festgesetzt, daß Pinski und ich nach Berlin fahren, dem Parteivorstande das kritische der Lage auseinandersetzen und ihn zum sofortigen persönlichen Eingreifen veranlassen sollten. Ausdrücklich bemerkten aber meine Kollegen dabei, daß für die Buchdrucker die Angelegenheit durch die Ablehnung des von dem Partei- und Verbandsvorstande im Vereine mit Engelbrecht gemachten Vorschlages zwecks Inhabierung der Kündigung usw. seitens der Leipziger Geschäfts- und Parteileitung die freibändige Lösung der Angelegenheit aussichtslos sei und wir lediglich als Parteigenossen und auf eigenes Risiko handelten.

Abends in der sechsten Stunde kamen wir in Berlin im Reichstagsgebäude gerade zu einer Fraktions Sitzung an und da ein wichtiger Beratungsgegenstand vorlag, verhandelte lediglich Genosse Auer mit uns. Geier, der sich dann noch hinzugesellte und immer an dem Tische hin und her lief, gefiel sich lediglich in der Rolle des Schwarzmalers, indem er erklärte: „Was wollt Ihr hier? Es ist doch Alles in Ordnung!“ Und auf den Einwand Pinks: „Es gibt doch einen großen Skandal!“ sagte er: „Das macht nichts, der wird auch überstanden, ich mache es gerade so (d. h. wie die Geschäftsleitung der L. B. Man wird nach diesen Kläufungen des Vertreters von Leipzig-Land den Widerstand der Leipziger gegen jede Verständigung begreifen. Auer, der uns von Geier stark beeinflusst schien, glaubte anfänglich mir gegenüber einen energisichen Ton anschlagen zu müssen und änderte diesen Ton erst, als ich ihm erklärte, daß wir auf diese Weise zu keiner Verständigung kämen. Pinski und ich diskutierten dann die Lage, machten auf den entstehenden Skandal und die sich daraus ergebende Schädigung der Gesamtpartei aufmerksam und erbateten um sofortiges persönliches Eingreifen eines Parteivorstandesmitgliedes.

Auer erklärte uns die Unabkömmlichkeit eines solchen wegen wichtiger Vorlagen im Reichstage und machte den Vorschlag: ich solle meine Kollegen zur Zurücknahme der Kündigung resp. Inhabierung des Austrittes, desgleichen die Geschäftsleitung zur Zurückziehung der Kündigung meiner zwei gekündigten Kollegen veranlassen, in acht oder vierzehn Tagen würde der Parteivorstand nach Leipzig herüber kommen und die Angelegenheit im Vereine mit dem Verbandsvorstande usw. regeln. Sowohl Pinski wie ich erklärten Auer, daß die Leipziger Parteigenossen diesen Vorschlag des Parteivorstandes nicht acceptieren würden, ja den selben Vorschlag, den Kollege Engelbrecht als Resultat seiner im Vereine mit Kollegen Geier mit dem Parteivorstande (siehe S. 4 und 5 der Broschüre) gepflogenen Besprechung am 13. November mit nach Leipzig brachte, bereits damals abgelehnt hätten, außerdem könne ich es bei meinen Kollegen auch nicht durchsetzen, daß sie ihre Kündigung zurückziehen, da sie gewärtig sein müßten, Herr Heinisch würde ihnen erklären, daß es hierzu zu spät, da die Erziehungsgemengens bereits abgeschlossen seien. Auer meinte darauf: Ja, wir können bloß Ratschläge erteilen, zwingen können wir die Leipziger nicht. Worauf ich Auer wörtlich erklärte: „So wenig wie Du die Macht hast, die Leipziger Geschäftsleitung zur Annahme Deines Vorschlages zu zwingen, ebensowenig habe ich hierzu die Macht bei meinen Kollegen.“ Zu etwas weiterem war Auer trotz aller Vorstellungen und Hinweise auf den entstehenden großen Skandal nicht zu bewegen. „Skandal, mein lieber Bogennitz, gibt es überall, dort ein bißchen mehr, da etwas weniger, das sind wir schon gewöhnt und werden es auch überdauern“, meinte er und mit dem Auftrage an uns, seinen Vorschlag der Geschäftsleitung mitzuteilen, war für Auer wie für Buhl, mit dem wir nach Beendigung der Fraktions Sitzung beim Einabsteigen der Treppe noch zusammenkamen und über die Angelegenheit sprachen, die Sache erledigt. Man schlug uns zwar vor, wir sollten noch bleiben, um am anderen Vormittage die Angelegenheit noch einmal zu besprechen, da aber ausdrücklich gesagt wurde, daß diese Besprechung ein andres Resultat angeht, die wichtigen Reichstagsverhandlungen nicht zeitigen würde, so verzichteten wir auf diese Besprechung und erklärten, noch die Nacht nach Leipzig zurückzukehren. Bemerkten wir noch, daß, wie uns später mitgeteilt worden ist, sowohl von Geier wie von Schoenlant der Leipziger Geschäftsleitung unsere Anwesenheit in Berlin telegraphisch mitgeteilt wurde. In den uns bis zur Rückreise noch verbleibenden Stunden besprachen wir mit den Genossen v. Elm und Seifritz (Zwidau) die Angelegenheit, denen gegenüber wir auch unser Verstimung über die Kurzsichtigkeit des Parteivorstandes resp. Auers dem drohenden Skandale gegenüber kein Geht machten.

Auf der Rückreise machte ich nun, einsehend, daß, wenn irgend welche Aussicht auf die Annahme des Vorschlages Auers resp. des Parteivorstandes sei, der Vorschlag, daß dieses am ehesten möglich, wenn Pinski, als am Streite weniger als ich persönlich Interessierter, mit der Geschäftsleitung über den Auftrag verhandeln bezw. denselben ansichtigen und Heinisch auf die Ablehnung und dessen Folgen für das Geschäft und die Partei aufmerksam mache. Obgleich Pinski ebensowenig wie ich Hoffnung auf Annahme des Vorschlages Auers hatte, erklärte Pinski, daß er am nächsten Vormittage den, uns gewordenen Auftrag ausführen werde. Mit diesem Besprechen trennten wir uns Freitag früh 1/2 5 Uhr bei unserer Ankunft in Leipzig.

Was war nun daselbst während unserer Abwesenheit geschehen?

Am Donnerstag, den 22. November, abends, also zu einer Zeit, als wir uns in Berlin noch um Erhaltung des Friedens bemühten, fand in Leipzig-Ost eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, in der über die Angelegenheit in der Leipziger Volkszeitung bereits verhandelt und in der in Leipzig üblichen Weise über die Verbandsbuchdrucker hergefallen und unverblümt Stimmung für den in Aussicht stehenden Kampf gemacht wurde.

Eine direkte Kriegserklärung aber enthielt die am gleichen Abend erschienene Leipziger Volkszeitung, welche schrieb:

„In eigener Sache.

Gerade rechtzeitig, um noch vor den Stadtverordnetenwahlen verständnisvolle Verwendung im Leipziger Tageblatte und anderen bürgerlichen Blättern finden zu können, veröffentlichte die Dienstagsnummer des Korrespondent für Buchdrucker folgende Erklärung.“

Vorstehenden Satz läßt der Parteivorstand in seiner Broschüre bei der Reprozierung der Erklärung der L. B. weg, und beginnt S. 9 derselben folgendermaßen: „Wie in anderen Städten“ u. bis „gewährt werden.“

Auch folgende Schlusssätze:

„Der hiesigen bürgerlichen Presse ist der Vorfalle natürlich ein gefundenes Fressen. Wäre der allerdings wenig unentbehrbare Fall eingetreten, daß in der Druckeret eines bürgerlichen Blattes etwas Ähnliches in den Vordergrund wäre, so hätte man in denselben Blättern mit „Verächtlichkeit“ und „Unverschämtheit“ um sich geworfen. So aber ist es ja etwas anderes. Wir erwarten von dieser Presse auch nicht, daß sie zur Aufklärung des Sachverhaltes nur ein Wort bringt. Mögen die Organe der öffentlichen Meinungsführung die „Aktion“ fruktifizieren wie sie wollen, sie wird verpuffen, und gewisse Herren werden einsehen, daß die

„Großmächtigkeit“ des Verbandes gegen die geübte Vernunft vermag.

Zum Schluß nur noch ein Wort an die Adresse des Leipziger Tageblattes. Die von diesem Blatte mit offenerartiger Geschwindigkeit an den Tag gelegte Sorge um die Verbändler, die freiwillig ihre Kondition verlassen wollen, hat uns aufs tiefste gerührt. Nur möchten wir bitten, diese zärtliche Fürsorge auch in der Praxis zu betätigen. Für die „arbeiterfreundlichen“ Redakteure des Leipziger Tageblattes dürfte es ja eine Kleinigkeit sein, in der eignen Offizin den bei uns so unredlich behandelten Verbändler ein Unterkommen zu sichern. Der Besitzer des Leipziger Tageblattes duldet zwar seit zehn Jahren keinen einzigen Verbändler in seiner Druckeret. Aber nachdem sein Organ sich so eifrig für die Verbändler hat ins Zeug legen dürfen, ist gewißlich nicht daran zu zweifeln, daß die jetzt dort beschäftigten Nichtverbändler schleunigst veranlaßt werden, denjenigen Platz zu machen, die nächstens in der Leipziger Volkszeitung den Staub von den Pantoffeln schütteln werden.“

Weslen in der Broschüre des Parteivorstandes — er wußte warum er sie nicht mit abdruckte, denn es ist auch ihm klar, daß diese Sätze die direkte öffentliche Kriegserklärung der Leipziger Volkszeitung gegen die Verbandsbuchdrucker enthielten!

Bei der Ankunft in meiner Wohnung wurde mir mitgeteilt, daß am Abend des 22. November zwei meiner Kollegen dagewesen seien, um mich zu veranlassen, daß ich etwas gegen diese Kriegserklärung schreibe und die Behauptungen derselben widerlege.

Sofort, als ich nach zweifelhinder Ruhe aufgestanden und Kenntnis von der Kriegserklärung der L. B. genommen, war es mir klar, daß auch die geringen Friedenshoffnungen, mit denen ich mich noch getragen, sich zerfallen hatten; behandelte doch Herr Pollender in seiner Zubersticht und in freibildiger Unterstüßung der für die Partei entstehenden Folgen den begonnenen Kampf wie „ein Feuerwerk, das verpuffen werde.“

Als Antwort darauf verfaßte ich das auf S. 8 der Broschüre abgedruckte Plakat, legte es dem mit mir zur Wahrung unserer Rechte gewählten Kommissionenmitglied Rößl sowie einigen Kollegen in der Volkszeitung, desgleichen den Kollegen Engelbrecht, Geier und Reizhauer zur Kenntnis vor, worauf Engelbrecht dasselbe zum Drucke beförderte.

Eine von Rößl verfaßte und bereits der Redaktion der L. B. übergebene Antwort auf ihre Kriegserklärung wurde zurückgezogen. Wenn der Parteivorstand in seiner Broschüre die Auslassung der L. B. wegläßt und sich lediglich darauf beschränkt, die Erklärung der Geschäftsleitung anzuführen, so begreife ich und jedermann, daß mit diesem Risse wohl dafür Stimmung gemacht werden kann, daß diese Erklärung mein resp. unser Vorgehen nicht rechtfertige.

Ganz anders würde aber die Beurteilung unsers Vorgehens sein, wenn der Parteivorstand es bei seiner „objektiven“ Darstellung hätte über sich gewinnen können, dasjenige noch abzubucken, was Herr Pollender zu der Erklärung der Geschäftsleitung schrieb, wo uns vorgeworfen wurde, für den Durchfall der Partei bei den Stadtverordnetenwahlen gearbeitet zu haben usw. Man wußte, daß ich zwecks Erhaltung des Friedens in Berlin war (s. die Neuerung Heinisch) in der Vermittlungskonferenz des Parteivorstandes am 5. Dezember 1900: „Ich wußte (sich verbessend) ich ahnte, daß Bogennitz nach Berlin zum Parteivorstande gefahren sei“ und ließ demnach die Kriegserklärung los, dadurch fühlte ich mich aufs äußerste gereizt und zu meinem Vorgehen veranlaßt, wie auch die Leipziger Kollegenchaft einseitig der Meinung war, daß der Vorschlag des Parteivorstandes zu spät kam.

Als dann am 23. November etwa in der 10. Stunde Heinisch durch den Seperaal ging, fragte ich denselben sofort, ob Pinski bei ihm gewesen; als er es verneinte, erklärte ich, daß er dann wohl noch kommen und mit ihm Rücksprache nehmen werde. Ich machte Heinisch dann Vorschlag über die Tags vorher erfolgte Kriegserklärung und die darin enthaltenen Unwahrheiten bezw. der Stadtverordnetenwahlen, worauf Heinisch die Abfertigung und erklärte: „Da kann ich nichts dafür, das ist von der Redaktion.“ Ich habe dann in gutem Glauben, Pinski sei später noch zu Heinisch gegangen, mit Heinisch über den Auftrag Auers nicht mehr gesprochen. Am Sonnabendvormittag erhielt Kollege Engelbrecht dann noch einen Brief und ein Telegramm vom Verbandsvorstande, welcher sich um den Frieden bemühte, die ich Heinisch vorlegte. Heinisch erklärte mir bei Vorlegung: „Das hätte müssen 8 Tage früher kommen, ehe die Engagements vollzogen waren. Jetzt ist es zu spät.“ Am Sonnabendabend kam Kollege Geier aus Berlin zwecks Besprechung mit uns und eventuell mit Heinisch. Ihm erklärte ich in gutem Glauben auf seine Frage, Pinski habe den Auerischen Auftrag ausgerichtet, und daß weitere Friedensverhandlungen vollständig aussichtslos seien. Erst am Montag, den 26. November, sprach ich mit Pinski und erfuhr von ihm den wahren Sachverhalt, d. h. daß er den oben genannten Auftrag nicht ausgeführt. Er erklärte mir, daß er auf dem Wege nach dem Geschäft der L. B. bei Buhl vorgeprochen und demselben mitgeteilt, daß nach der Notiz in der L. B. vom 22. November noch viel weniger Aussicht vorhanden sei, daß der Auerische Vorschlag Annahme finden würde. Darauf habe ich ihm Dul-

weiter gesagt, daß am Tage vorher im Osten eine Parteiverammlung stattgefunden, wo die Tagesur Sprache gebraucht und die Gegenstände richtungslos auf einander gepaßt seien. Darauf habe er Bühl erklärt, „da hat es gar keinen Zweck mehr, den Auerischen Vorschlag heimlich zu unterbreiten“ und sei in sein Geschäft gegangen.

Ich habe keine Ursache, Pinkau über diese Unterlassung Vorwürfe zu machen, denn auch ich teile seine Auffassung, daß, selbst wenn er den übernommenen Auftrag ausgeführt, die Erhaltung des Friedens durch das Vorgehen der S. B. am 22. November unmöglich geworden war. So verhält es sich mit dem Treubruche und dem illoyalen Verhalten meinerseits, das sich wie ein roter Faden durch die ganze Broschüre zieht, mit dem nunmehr mangelnder Gründe das am 5. Dezember vom Parteivorstande den Buchdruckern zuerkannte Recht in sein Gegenteil verkehrt und die Buchdrucker angefaßt der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands und zur Freude der „zielbewußten“ Leipziger aufgehoben werden sollen.

Zur bessern Illustrierung dieses Beginns sei aber noch eins erwähnt. In der am 2. Februar in Berlin stattgefundenen letzten Vermittlungskonferenz mit dem Parteivorstande usw. war es Bebel, welcher gegen mich in der Broschüre erhobenen Vorwurf erhob und erklärte: Ich sei an allem schuld! Ich stellte den Sachverhalt wie hier geschrieben dar und bemerkte: Ich bin im Interesse der Erhaltung des Friedens nach Berlin gefahren, der Parteivorstand hat nichts, trotz meines Wittens und Drängens, was zur Erhaltung desselben unbedingt notwendig gewesen wäre, was aber, frage ich, thaten die Leipziger Parteigenossen? Bebel antwortete nichts. Da erhob sich Heinisch und sagte: Dann mache ich Vogenitz den Vorwurf, daß er zu spät nach Berlin gefahren ist! Auf alle Fälle bin ich also das Kamidell, das angefangen hat, und nicht die Leipziger, die schon vor 1 1/2 Jahren die Verbandsmitglieder aus der S. B. heraushaben wollten und nunmehr die Zeit gekommen erachteten, den Plan von damals auszuführen, deshalb mußten die Verbandsmitglieder durch Entlassung unserer schon Jahre lang im Geschäft thätigen Kollegen provoziert werden.

Am 5. Dezember erklärte Auer den Leipziger Parteigenossen: Genossen, mit steigenden Fahnen würden wir zu Euch stehen, wenn das Recht auf Eurer Seite wäre!

Raum zwei Monate sind seit diesem Ausspruche ins Land gegangen, während der die Verbandsbuchdrucker mit den Leipziger Parteigenossen um die Anerkennung dieses Rechtes rangen, da entrollt der Parteivorstand seine Fahnen und rückt ab in das Lager seiner Leipziger Parteigenossen, in das Lager des Unrechtes!

Er wird mit diesem Schritte nichts weiter stärken als den Pessimismus, der bezüglich der Zukunft der Partei immer weitere Kreise der älteren Parteigenossen ergreift!

A. Bogentz

Die diesjährige Tarifbewegung in London.

Der deutschen Kollegenchaft wird sicherlich noch in Erinnerung sein, mit welchem Fiasko der vorjährige Vorstoß zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Londoner Buchdrucker durch ihre Uneinigkeit endete. Seit dieser Zeit scheinen sich nun aber die Ansichten in hiesigen Kollegenkreisen geklärt zu haben. Der schlechte Geschäftsgang, welcher teilweise dem furchtbaren Raubkriege in Südafrika zuzuschreiben, und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit machten es daher zur gebieterischen Pflicht, der Verkürzung der Arbeitszeit, welche seit 1860 fast stationär geblieben ist, näherzutreten und eine letzte September stattgefundene Außerordentliche General-Versammlung der Londoner Sepergesellschaft, welche vor über 4000 Kollegen besucht war, beauftragte die Exekutive, mit folgenden Forderungen an die Prinzipale der englischen Metropole heranzutreten, welche als Basis der Verhandlungen gelten sollten:

1. Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 48 Stunden.
2. Erhöhung des Minimums von 38 auf 40 Schilling.
3. Erhöhung der Berechnungsrate um 1 Penny pro Tausend en.
4. Erhöhung der Ueberzeittarife auf 5 Pence bis 10 Uhr, 7 Pence bis 12 Uhr und 10 Pence nach Mitternacht extra.
5. Ueberzeit hat nach 7 Uhr abends und Samstags nach 1 Uhr nachmittags zu beginnen.
6. Für Arbeiten während der Mittagspause 6 Pence extra.
7. Eine gewisse Garantie für Wochenblattseher während der Satzzeit.

Diese Forderungen wurden auch in einer späteren Abstimmung mit über 5000 Stimmen Mehrheits gutgeheißen und alsdann den Prinzipalen unterbreitet. Dieselben schienen anfangs überhaupt keine Neigung zu besitzen, sich in Verhandlungen einzulassen, erklärten sich jedoch, nachdem die Londoner Kollegen ebenfalls mit einer hier seltenen Einmütigkeit beschloßen, die Beiträge auf unbestimmte Zeit zu verdoppeln, bereit, mit Vertretern der Londoner Sepergesellschaft zu konferieren, d. h. dieselben sollten für die Prinzipale den Beweis erbringen, daß eine Besserung in den Arbeitsbedingungen der Londoner Buchdrucker überhaupt nötig und unsere Forderungen gerechte seien. Daß unsere Delegierten einen schweren Stand hatten, unsere Druckherren von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit derselben zu überzeugen,

ist wohl erklärlich und ja endete denn auch die Konferenz resultatlos und brachte uns nur die Sympathie unserer Prinzipale, welche erklärten, daß der Stand des Gewerbes weder eine Erhöhung des Salärs noch eine Verkürzung der Arbeitszeit zulasse, und sich hiermit zu absolut keinen Konzessionen herbeilassen wollten.

Das von den englischen Gewerkschaften bisher so hochgehaltene System der gegenseitigen Abmachungen mit den Arbeitgebern erlitt hierdurch einen gewaltigen Stoß und resultierte in der Einberufung einer weitern Generalversammlung der Londoner Buchdrucker, welche im Januar von mindestens 5000 Kollegen besucht war und beschloß, an den gestellten Forderungen festzuhalten und die Prinzipale zu benachrichtigen, daß, wenn dieselben sich nicht schleunigst zu gütlichen Verhandlungen herbeilassen, der neue Tarif an einem näher zu bestimmenden Datum voll und ganz in Kraft treten würde.

Gerüchte über einen allgemeinen Buchdruckerstreik in London schwirren für einige Wochen in der Luft, von beiden Seiten rüstete man für den bevorstehenden Kampf und am 25. Januar verließ die Exekutive der Londoner Sepergesellschaft an sämtliche Buchdruckereibesitzer Londons ein vierseitiges Folio-Zirkular, worin in ausgezeichneter Weise die Gerechtigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Minimums für die Buchdrucker der englischen Metropole bewiesen wurde. Statistische Tabellen bewiesen ferner, daß während in den meisten Städten Großbritanniens seit 1891 die Arbeitszeit der Buchdrucker auf 48, 50 und 52 Stunden reduziert und die Saläre um 2 bis 5 Schilling erhöht worden sind, in der Metropole seit den 60er Jahren nur eine Erhöhung des Minimums von 36 auf 38 Schilling stattgefunden habe und die Arbeitszeit heute noch die gleiche wie 1860 sei. Des fernern wurde bewiesen, daß der Londoner Buchdrucker unter den gekerkerten Arbeitern der Metropole zu den schlechtbezahltesten gehört und ebenfalls in fast allen anderen Gewerben die Arbeitszeit in dem letzten Jahrzehnt zum Teile bis auf 48 Stunden reduziert worden sei.

Trotzdem sich die Exekutive weiterhin bereit erklärte, in friedliche Verhandlungen mit den Prinzipalen einzutreten, erklärte sie aber, daß der neue Tarif am 16. Februar in Kraft treten würde.

Gleichzeitig mit diesem Zirkulare wurde ebenfalls an die Vertrauensleute aller Offizinen die Aufforderung gerichtet, unverzüglich Offizinsversammlungen einzuberufen, Deputationen zu ernennen und die einzelnen Prinzipale um Annahme unsers Tarifes zu ersuchen, und im Falle einer abschlägigen Antwort am Freitag den 1. Februar die Kündigung einzureichen. Diesem wurde unverzüglich Folge geleistet, mit dem Erfolge, daß der Prinzipalsverein umgehend eine Generalversammlung der Buchdruckereibesitzer einberief, bei welcher angeblich Arbeitgeber von zwischen 7000 bis 8000 Schriftsetzern vertreten waren; dieselben sprachen sich in einer angenommenen Resolution dahin aus, daß sie weiterhin der Ansicht sind, daß eine Reduzierung der Arbeitszeit oder Erhöhung des Salärs nicht ohne eine große Schädigung des Londoner Druckgewerbes durchführbar sei, sollten aber die Gehilfen diese Ansicht nicht teilen, so seien sie bereit, die ganze Angelegenheit zur Arbitrage dem britischen Handelsministerium zu unterbreiten. Gleichzeitig hiermit erhielt die Exekutive bereits ein offizielles Schreiben des Ministeriums, worin dasselbe sich bereit erklärte, die Arbitrage zu übernehmen, wenn dieses ebenfalls von den Gehilfen gewünscht werde, da das unter der letzten Gladstoneschen Regierung passierte Gesetz eine beiderseitige Applikation verlangt, ehe das Ministerium eingreifen darf.

Die Exekutive der Londoner Sepergesellschaft sprach sich darauf in einer Resolution dahin aus, daß sie bedauere, daß der bis jetzt immer gewählte Weg gegenseitiger Verständigung zwischen Prinzipalen und Gehilfen-seitens der ersteren diesmal nicht eingehalten worden sei, daß sie aber von der Gerechtigkeit unserer Forderungen überzeugt sei und daher die Arbitrage des Handelsministeriums annehme und um schnelle Erledigung der Formalitäten bezw. Ernennung des Schiedsrichters ersuche, welcher dann auch bereits am Mittwoch in der Person eines hiesigen bekannten Rechtsanwaltes, namens Asquith, ernannt wurde; da unsererseits auf schleunige Erledigung der Angelegenheit gedrängt wurde, erklärte sich derselbe auch bereit, jeden Tag darauf zu verwenden und sollen die Verhandlungen am Montag, den 11. Februar beginnen.

Unsre Exekutive hat aber mit der Annahme dieses Vorschlages nicht schlecht ins „Fettmäppchen“ getreten und wäre dafür nahezu bei der am letzten Mittwoch stattgefundenen Delegiertenversammlung „abgesetzt“ worden. Man war der Ansicht, daß dieselbe ihre Vollmacht über-treten habe und niemals ohne vorherige Urabstimmung ihre Zustimmung zur Arbitrage geben dürfte. Ein weiteres Zuwarten und die allgemeine Einreichung der Kündigungen hätte sicherlich die Prinzipale zu Zugeständnissen veranlaßt. Ebenfalls hätten eine große Anzahl Druckereien bereits unsere Forderungen acceptiert und nur 40 Firmen mit 830 Mitgliedern rundweg dieselben abgelehnt. Noch nie in der Geschichte der Londoner Buchdrucker habe der Exekutive eine so geschlossene Gehilfenchaft (bei der letzten Abstimmung votierten über 7000 Mitglieder für das Ultimatum und nur 900 entgegen-herzige und schwache Gehilfen dagegen) im Rücken gestanden und man erwartete von dem Schiedsrichters wenig oder gar nichts. Der Vorstand war jedoch im Stande zu

beweisen, daß er infolge seiner bessern Ueberlicht über das Gewerbe im großen und ganzen und auf Drängen von 2300 Mitgliedern in 76 Offizinen, welche die Arbitrage beauftragten, und ebenfalls um die Druckindustrie der englischen Metropole und die Mitglieder vor der Kalamität eines großen Streiks zu bewahren, zu seinem Entschlusse gekommen sei. Er versicherte, daß die Interessen der Gehilfen in seinen Händen nach jeder Seite hin gewahrt werden sollen und daß wir gesehlich ja nicht gezwungen seien, einen uns nicht befriedigenden Schieds- Spruch auf eine bestimmte Dauer anzunehmen. Nach sehr erregter Debatte ging derselbe siegreich aus der Abstimmung hervor und wurde die von etwa 1200 Delegierten besuchte Versammlung zur Erledigung der übrigen Tages- ordnung auf den 13. Februar vertagt. Die Erhebung der doppelten Beiträge ist bis zum Schiedsrichters stillert worden.

Es ist nicht zu leugnen, daß durch einen Streik den hiesigen Mitgliedern einige der größten Druckereien verloren gegangen wären, daß aber die schnelle Annahme des Vorschlages der Prinzipale taktisch richtig war, müßte ich sehr bezweifeln. Bei einem Kampfe um Verkürzung der Arbeitszeit hätten wir die nicht zu unterschätzende Macht der gesamten englischen Trades Unions hinter uns gehabt und den Druckherren der englischen Metropole wäre sicherlich zur Evidenz bewiesen worden, daß das Gros der Londoner Kollegenchaft endlich aus seiner langjährigen Letzgarie erwacht ist und auch heute noch wie in früheren Jahren zu kämpfen versteht.

Unter den gegebenen Verhältnissen wollen wir nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Forderungen der Londoner Kollegen, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teile durch den Schiedsrichters befriedigt werden; im andern Falle würde die notwendige Ruhe im hiesigen graphischen Gewerbe sicherlich nicht lange anhalten.

London, 9. Februar 1901.

C. J. Becker.

Korrespondenzen.

H. Berlin. In seiner letzten Versammlung wurde dem Berliner Maschinensehervereine von seiten seines Vorstandes der in vier Versammlungen durchberatene Hamburger Sechsmaschinentarifentwurf mit seinem von den hiesigen Kollegen gemachten Forderungen und Zusätzen nochmals zur Durchsicht vorgelegt. Die Grundpositionen des Hamburger Entwurfes sind wesentlich dieselben geblieben. Aenderungen wurden vorgeschlagen bei der Berechnung der Einhängen, des Manuskriptaufschlages und bei der Berechnung an der Zweelochstaben-Maschine. Einen Zusatz erhielt der Absatz betr. Korrekturen. Eingeschaltet wurden im Absätze betr. Entschädigung für das Setzen von Antiqua auf einer Frakturkavaliatur und umgekehrt. Der so geänderte Entwurf wurde von der Versammlung angenommen und soll in nächster Zeit den Maschinensehervereinen zugeandt werden. Dem Hamburger Vereine wurde für seine Bemühungen seitens der Versammlung Anerkennung gezollt. Infolge der vielen Schereereien, die die Kollegen bei der Bezahlung der Zeit für Aenderungen an der Maschine (Format, Magazin oder Korv, Gießform) mit den Geschäftigen hatten, sollen in der nächsten Versammlung des hiesigen Vereines Normen für diese Arbeiten festgesetzt werden, denn die von den Fabriken in ihren Reklamen berechnete Zeit ist doch nicht maßgebend. Die Adresse des Vorstehenden des Berliner Vereines ist jetzt: Richard Greißel, Ritzdorf-Berlin, Berliner Str. 101, Kuegelgebäude IV.

—**I. Bremen.** Am 27. Januar fand hier eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, welche trotz des schlechten Wetters zahlreich besucht war. Dieselbe wurde vom Kollegen Rose als Einberufer eröffnet. Die Tages- ordnung lautete: 1. Tarifrevision von 1901; 2. Anträge zur Tarifrevision; 3. Diskussion. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Rose, Koch und Vogel. Zum ersten Punkte der Tagesordnung nahm das Wort der Referent Rosenlehner. Derselbe gab einleitend einen Rückblick auf die Geschichte der Lohnbewegungen der Buchdrucker von 1866 bis auf den heutigen Tag, dabei die einzelnen Daten in ausführlicher Weise beleuchtend. Redner ging dann auf die Verhältnisse bei Einführung des Tarifes in Bremen ein, die bis zum Jahre 1896 sehr zu wünschen übrig lieh. Des fernern wußte sich Redner gegen diejenigen, welche sich bei der Durchführung des Tarifes in Bremen als Verräter erwiesen haben. Tieftraurig sei es, daß aus Kollegenkreisen sich Leute fanden, die einem Guttenberg-Bunde und einer sich Gewerkschaft schimpfenden Tafelrunde brüderlich die Hände reichen zur Bekämpfung des Tarifes und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Weiter erläuterte der Referent die tariflichen Verhältnisse von Rheinland-Westfalen. Der 1896er Tarif weise nach dem Verzeichnisse der Tarif- anererkennungen im September 1896 1229 Firmen in 333 Orten, 1900 aber schon 3105 Firmen in 1002 Orten auf, ein Zeichen, daß die Tarifgemeinschaft an Boden gewonnen hat, und 38 000 Gehilfen werden bereits tarif- mäßig entlohnt. Bei Revision des Tarifes müsse man berücksichtigen, daß infolge der Verteuerung der Lebens- verhältnisse eine Erhöhung des Minimums, desgleichen der Lohnaufschlages anzustreben sei. Der Tarif und seine Institutionen hätten für unsern Beruf nur Vorteile ge- bracht, deshalb sei der mit dem 30. Juni 1901 ablaufende Tarif nicht zu kündigen. Eine Verkürzung der Arbeits- zeit könne nach Lage der Verhältnisse diesmal nicht ge- fordert werden. Redner empfahl eine am Schluß ar-

gebilligte Resolution zur Annahme. Weiter würdigte er die Verhältnisse der Prinzipalkasse einer eingehenden Kritik und wandte sich besonders gegen die Druckereien Schlimmann und Oedemann, welche nach wie vor die Koalitionsfreiheit ihrer Gehilfen mit Füßen treten. Demnächst bei der bevorstehenden Tarifrevision ein Ende gemacht werden. Referent forderte am Schlusse seiner nahezu einstündigen Ausführungen die Versammlung auf, sich zusammenzuschließen, um eine wesentliche Verbesserung der Interessen der Gehilfenschaft anstreben zu können. Leider Beifall bedürftige Kollegen Rosenlehner für das vorzügliche Referat. — Nach einer Pause nahm Gewerkschaftler Waigand als Diskussionsredner das Wort gegen den Standpunkt des Referenten, dessen objektive Ausführungen er im allgemeinen anerkannte. Die Verbesserungen in der Lage der Gehilfenschaft seien nicht der Tarifgemeinschaft allein zu verdanken und die Verkürzung der Arbeitszeit eine sehr wichtige Frage, über welche nicht so ohne weiteres hinweggegangen werden dürfe; diese hätte vor allem zur Revision gestellt werden müssen. Wir haben einmal gesagt, Tarifgemeinschaftsgegner zu sein; wir sind es nur in Bezug auf die Dauer des Tarifes. Werden bei Tarifrevidierungen nur 5 Proz. gewährt, so könne man keine 3 und 5 Jahre Tarifdauer festsetzen. Uebrigens wäre man ohne Tarifgemeinschaft weiter, vielleicht besser gefahren: Bei den bestehenden Verhältnissen hätten sich die Gehilfen aber auf die Hinterbeine zu stellen, um ihre Lage zu verbessern. Kollege Thölke wandte sich gegen die Ausführungen Waigands und erklärte, daß die Kollegenhaft für die Revision des Tarifes stimmen würde. Kollege Müller wandte sich in ruhiger, überzeugender Weise gegen die Ausführungen Waigands. Derselbe beurteilte die zur Zeit vorhandenen Verhältnisse falsch, wenn er behauptete, die Verkürzung der Arbeitszeit müsse ebenfalls beantragt werden. Im Gedächtnisse Waigands werde noch sein, daß vor 5 Jahren außer der Lohnerhöhung auch noch die Arbeitszeit täglich um 1/2 Stunde verkürzt worden ist. Weiter polemisierte Redner gegen Waigand in der Sechsmaschinenfrage und meinte, die Einführung der Sechsmaschine sei eine langsame, aber stetige und die Arbeitszeitverkürzung in einem Sondernartefest festgelegt. Kollege Müller gab der Versammlung in diesem Punkte sachgemäße Erläuterungen und illustrierte die ledernen Ausführungen des Waigand, der einer Gesellschaft angehört, die jüngst erst in der Leipziger Volkszeitung eine Probe abgelegt habe. Kollege Stüdem ging nach einigen Worten gegen den Gewerkschaftler Waigand auf den Artikel in Nr. 11 des Corr. ein und brachte folgenden Zusatzantrag zur Resolution ein: „Weiter werden die Gehilfenvertreter ersucht, für eine Verminderung der Ueberstunden in geeigneter Weise einzutreten resp. die Ueberstunden möglichst in Wegfall zu bringen.“ Kollege Brandt ging nicht näher auf Waigand ein, da Kollege Müller die Abfuhr desselben in genügender Weise besorgt habe. Auch Kollege Brandt war der Ansicht, daß von einer Verkürzung der Arbeitszeit abzusehen sei, wenn wir eine wesentliche Lohnerhöhung erreichen wollen. Waigand: Die Prinzipale sind bei der Tarifgemeinschaft im Vorteile gegenüber den Gehilfen; die Zukunft werde es lehren, ob auf dem eingeschlagenen Wege fortgeschritten werden könne. Was die Verhältnisse in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung angeht, so ist mein Grundsatz: Wer angegriffen wird, hat sich seiner Haut zu wehren. Wo es Hiebe gibt, setzt es wieder Hiebe. Im übrigen verwehere er sich gegen die unparlamentarischen Ausdrücke Müllers. Das Schlusswort erhielt nunmehr der Referent Rosenlehner. Zunächst wies derselbe einige Behauptungen des Gewerkschaftlers Waigand in der schärfsten und gebührenden Weise zurück. Alsdann schritt Redner die Wirtschaft in der Leipziger Volkszeitung an und gab in sehr gerechtfertigten Ausdrücken dem Gewerkschaftler seine Meinung zu hören; was man von dieser Sorte Menschen zu halten habe, die dort die Reichen unserer tapferen Verbandsmitglieder wie die hungrigen Raben ausgefüllt haben. (Zwischenruf: Hut!) Er könne nicht begreifen, wie solche Leute noch den Mut besäßen, um als abgeandete Sprecher für die Bestrebungen dieser Gesellschaft in der Versammlung eine Lanze zu brechen. Redner empfiehlt nachmals die Resolution zur Annahme, worauf der Vorsitzende Rose dieselbe verliest. „Resolution: Die am 27. Januar 1901 in der Hansa-Halle tagende zahlreich besuchte Allgemeine Versammlung der Buchdrucker Bremens stellt sich bezüglich der diesjährigen Tarifrevision auf den Boden des von der Gauvorsitzenden Konferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu Berlin am 13. Oktober 1900 gefassten Beschlusses. Auch sie ist der Meinung, daß bei der Tarifrevision das Hauptgewicht auf die Erhöhung des Gehilfengesetzes bezw. der Grundpositionen zu legen sei, wobei Orten mit tieferen Lebensverhältnissen weitergehende Anträge auf Regelung der Lokalzulagen zu überlassen sind. In Anbetracht dieser Beschlüsse und aller sich die Bremer Kollegenhaft in Betracht kommenden Wohnungs- und Lebensmittelverhältnisse, beschließt die heutige Allgemeine Buchdruckerversammlung: Das Bureau wird beauftragt, bei dem Gehilfenvertreter des I. Tarifgesetzes folgende Anträge einzubringen: Erhöhung des Gehilfengesetzes bezw. der Grundpositionen um 10 Proz.; Erhöhung des Lokalzulages für Bremen von 15 auf 20 Proz.; Abschaffung der Maschinenmeisterkauf und Befreiung der Lohnbestimmungen in Bezug auf die Arbeitszeit. Des weitern beauftragt die Versammlung das Bureau, die Einbringung und eingehende Motivierung des nachfolgenden Antrages zu bewirken: In die allgemeinen Bestimmungen des Tarifes ist nach § 36 ein besonderer Para-

graph einzufügen: Die Kondition und deren Dauer darf von der Zugehörigkeit zu irgend einem Vereine oder einer Kasse nicht abhängig gemacht werden. Des fernern beauftragt die Versammlung das Bureau, alle übrigen deutschen Druckerei aufzufordern, sich diesem letztern Antrage einhellig anzuschließen. Rosenlehner.“ Der Zusatzantrag wie die Resolution wurden mit großer Mehrheit angenommen. Der Vorsitzende dankte für das zahlreiche Erscheinen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die anregend verlaufene Versammlung.

A. O. Frankfurt a. M. Die am 4. Februar im Lindenfels stattgefundene gut besuchte Allgemeine Buchdruckerversammlung war der erste Appell an die Frankfurter Buchdruckerhaft, Stellung zum ablaufenden Tarife zu nehmen. Kollege Carl Dominé leitete die Versammlung mit einem Vortrage ein, der die Tarifbewegung von der Vergangenheit bis zur Gegenwart behandelte, und gab Redner in diesem einen schäfernswertem Ueberblick auf die jetzt zu Ende gehende Tarifperiode. Nachdem er u. a. die erfolgreiche Thätigkeit des Tarif-Amtes, der Schiedsgerichte und Arbeitsnachweise an der Hand von Ziffern nachgewiesen, verbreitete er sich über die allgemeine Lage unferes Gewerbes mit Bezugnahme auf die Einführung des Tarifes und ganz besonders über dieselbe in Frankfurt a. M. Er behauptete, daß das Amtsblatt der Stadt Frankfurt, die Frankfurter Nachrichten, ihren Arbeitern die tarifliche Bezahlung und das Koalitionsrecht noch immer vorenthalte, ja, schon der Verkehr ihrer Angehörten mit Verbandsmitgliedern wird mit dem „Sacke“ bestraft. (Ob hier die maßgebenden Behörden, wie Magistrat usw., nicht endlich ein Wortchen mitsprechen könnten! (zumal ja der Frankfurter Magistrat und ganz besonders der Oberbürgermeister Widies seiner Zeit der Petition betr. die Vergütung städtischer Arbeiten an tariftreue Druckereien sehr sympathisch gegenüberstand. Anmerk. d. Schr.) Zu unsern hauptsächlichsten Schmerzenskindern, den Firmen Maßlau & Waldschmidt und Eichhorn sich wendend, bemerkte Redner hinsichtlich der erstern Firma, daß in Bezug auf die Belegschaftszahl eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Was jedoch die Einführung des Tarifes in beiden Betrieben anbetreffe, so sei es bedauerlicherweise in dieser Hinsicht nicht besser geworden. Daß hierin endlich einmal Wandel geschaffen werden muß und soll, hofft Redner ernstlich und wünscht ganz besonders von den Lehrern, deren Organ bei Maßlau & Waldschmidt hergestellt wird, daß sie ihren Einfluß zu unsern Gunsten bei genannter Firma ausüben. Haben doch die Lehrer seiner Zeit, als es sich um die Aufbesserung ihrer Gehälter handelte resp. als sie darum petitionierten, dem Magistrat ein so schönes Zeichen ihres Standesbewußtseins erteilt, warum sollten sie nicht auch das Recht anderer gelten lassen. Das Gleiche müßte auch der protestantischen Geistlichkeit, der hauptsächlichsten Auftraggeberin der Firma Eichhorn, nahe gelegt werden. Zur Frage gekommen, welche Stellung gedenken die Frankfurter Buchdrucker zu der Tarifrevision einzunehmen, meinte Redner, daß die Vorteile des Tarifes wohl den meisten Kollegen zur Genüge bekannt sein dürften und daß deshalb zu einer Einbindung der Tarifgemeinschaft keine Veranlassung vorläge. Wie bei jedem Gesetze, das sich erst dann als lüdenhaft erweise, wenn es in der Praxis gehandhabt werde, also hätte auch der Tarif Mängel durch die Praxis bloßgelegt, die bei der kommenden Beratung ihre Abstellung finden dürften. Der Referent schloß seinen Vortrag mit der Zuversicht, daß es den Gehilfenvertretern gelingen werde, ersprießliche Vorteile zu Gunsten der Gehilfen zu erlangen, zumal was die Frankfurter Verhältnisse angeht, da die Miete in den letzten Jahren sich um 17 Proz. erhöht habe und Kohlen und Lebensmittel im Preise ganz gewaltig gestiegen seien. Der 2. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum ablaufenden Tarife, brachte eine lebhafteste Debatte und eine große Anzahl Anträge, deren Beratung der vorgeordneten Zeit wegen auf die nächste Versammlung verschoben werden mußte. Einstweilen wurde der prinzipielle Antrag des Kollegen Neus, der sich für eine Revision des Tarifes aus sprach, zur Abstimmung gebracht und fast einstimmig angenommen.

A. Göttingen. Die am 4. Februar abgehaltene Allgemeine Buchdruckerversammlung der Gehilfenschaft von Göttingen und Weislingen war gut besucht; was doch, was hier selten vorkommt, als Referent der Gauvorsitzer Feuerstein aus Stuttgart genannt. Die Tagesordnung lautete: Die diesjährige Tarifbewegung und der Streit in der Leipziger Volkszeitung. Der an Stelle des durch Krankheit verhinderterten Kollegen Feuerstein erschienenen Gauverwalter Knie behandelte sehr eingehend das Thema „Tarifbewegung“. Redner gab einen geschichtlichen Ueberblick bis zurück auf 1891 und erörterte die verschiedenen tariflichen Erregungssachen, welche gegen früher mit dem Tarife von 1896 zu verzeichnen waren. Sodann erklärte Redner die Bedeutung einer Tarifkündigung und Tarifrevision und beendete damit den ersten Teil seiner ihm gestellten Aufgabe. In der hierauf stattgefundenen Diskussion plaidierten die Redner für Tarifrevision und es erklärte sich die Versammlung einstimmig für eine solche. In dem zweiten Teile der Tagesordnung beleuchtete Referent die Ursachen des Streits in der Leipziger Volkszeitung, die wohl die meisten Leser kennen und die wir hier nicht wiederzugeben brauchen und wurde nach Schluß dieses Referates und erziehriger Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im „Dreikönig“ tagende Allgemeine Buchdrucker-

versammlung der Gehilfenschaft von Göttingen und Weislingen erklärt sich nach einem ausführlichen Referate des Kollegen Knie und nach reiflicher Diskussion mit den ausständigen Leipziger Kollegen vollständig solidarisch und verurteilt entschieden das Vorgehen der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung. — Mit einem Appell an die anwesenden Nichtmitglieder, sich dem Verbands der Deutschen Buchdrucker anzuschließen, wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen. Versäumen wollen wir nicht, auch an dieser Stelle dem Referenten für dessen aufklärende Vorträge den besten Dank auszusprechen. — Auf Antrag des Kollegen Krndt wurde auch im hiesigen Sozialdemokratischen Vereine der Streit in der Leipziger Volkszeitung besprochen und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im „Dreikönig“ tagende Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins bedauert auferst tiefe die in Leipzig zwischen der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung und dem Verbands der Deutschen Buchdrucker bestehenden Differenzen und erwartet eine baldige, beide Parteien befriedigende Lösung dieser leidigen Angelegenheit.

H. Hamburg-Altona. Der am 3. Februar stattgehabte Vortrag des Kollegen G. Knudsen: Paris und die Weltausstellung“ mit Vorführung von Lichtbildern, durfte sich einer starken Hörerschaft (Herren wie Damen) erfreuen. Der große Saal des Hamburger Ballhauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vortragende, der von der Hamburger Gewerksammler auf Vorschlag des Arbeiter-Bildungsvereins zur Ausstellung delegiert war, machte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage an der Hand einer großen Anzahl von Lichtbildern die Anwesenden mit Paris und der verfloffenen Ausstellung bekannt. Herr Prof. Dr. Justus Brindmann, Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe, hatte in bekannter, liebenswürdiger Weise eine große Anzahl Kunstblätter, die auf die Ausstellung Bezug haben, zur Verfügung gestellt, die im Saale ausgelegt waren und bei den Kollegen und deren Damen gehobenes Interesse erweckten. Herrn Prof. Dr. B. sowie dem Kollegen Knudsen sei auch an dieser Stelle gedankt.

Z. Gamburg. (Versammlung des Norddeutschen Maschinenfabrikvereins am 3. Februar.) Wie fast in jeder Versammlung wurden eingangs derselben einige Mitglieder in den Verein aufgenommen, ein Zeichen, daß unter den Kollegen an der Maschine ein regeres Leben Platz greift. Mögen die noch fernstehenden Kollegen diesem Beispiele folgen. Die in einer hiesigen Druckerei herrschenden Uebelstände sind zur Zufriedenheit geregelt. Es wurde darauf der Entscheid des Tarif-Amtes verlesen, ebenso die eingelaufenen Tarifvorschläge anderer Maschinenfabrikvereine. Ueber letztere wurde nicht in eine Beratung eingetreten, sondern das Material der zu diesem Zwecke gewählten Kommission übergeben, die nach Sichtung des Materials dasselbe der Versammlung vorlegen soll.

pe. Gufum. die graue Stadt am Meere, ist höchst selten in diesen Spalten zu finden. Bei den jetzt die Kollegenkreise hauptsächlich interessierenden Fragen: Leipziger Volkszeitung und die Vorgesprechungen über den Tarif, müssen auch wir einmal etwas von uns hören lassen, damit namentlich die Kollegen, welche früher hier konditionierten, nicht etwa glauben, daß wir ganz und gar schlafen. Die Februarversammlung beschäftigte sich mit oben erwähnten beiden Punkten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche den auf das Straßenpflaster gestreuten Leipziger Kollegen vollste Sympathie ausdrückt und das Gebahren der betreffenden Geschäftsleiter sowie der „Auch“-Kollegen gebührend kennzeichnet. Unsere Kartellvertreter hat schon vorher in der Kartellstiftung über dieselbe Frage Vortrag gehalten und auch hier trotz von auswärts betriebener Agitation durchschlagenden Erfolg erzielt. In der Tarif-Angelegenheit ethnige man sich auf eine möglichst Erhöhung des Minimums und der Grundpositionen, Fortfall aller Ausnahmebestimmungen und sonst irgend erreichbarer Verbesserungen. — Hier am Orte bestehen zur Zeit fünf Druckereien und zwei Zeitungen; es stehen hier 15 Mitglieder (1 Prinzipal) und drei Nichtmitglieder.

Jena. Nach einer Ministerial-Befugung vom 2. Febr. 1901 sind die statutenmäßigen Beiträge der Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker als vom steuerpflichtigen Einkommen im vollen Umfange abzugsfähig anerkannt worden. Ein hiesiger Kollege hat diese prinzipielle Entscheidung herbeigeführt, von der nun hiesig alle Verbandskollegen im Großherzogtum Sachsen-Weimar Gebrauch machen. Wer sein Einkommen selbst einschätzt, kann die Beiträge im gesamten Jahresbetrage zum Abzuge anmelden, andernfalls ist der Prinzipal zu veranlassen, bei der Angabe des verdienten Lohnes die Beiträge aus der Mitgliedschaft zum Verbands (einschließlich Gau-Beiträge) zu berücksichtigen. Die Entscheidung stützt sich auf § 29 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juni 1897.

Leipzig. Der Corr. druckt in seiner Nr. 18 vom 12. Februar 1901 in einem Veranlassungsberichte folgende Aeußerung des Herrn Engelbrecht ab: „Angeheilig sollen nur 200 Buchdrucker die Leipziger Volkszeitung abbestellt haben, in Wirklichkeit aber hat der Redakteur Pollender vor Wochen bereits einem Verwandten in Magdeburg gegenüber zugegeben, daß die Leipziger Volkszeitung durch den Konflikt 1200 Abonnenten verloren habe.“ Diese Behauptung ist unwarh. „Zugegeben“ habe ich überhaupt nichts. Ich habe vielmehr bei einem kurzen Besuche in Magdeburg meinem Schwager, der sich

für die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteipresse interessiert, auf eine Frage erklärt, daß der Boykott der Buchdrucker gegen die Leipziger Volkszeitung so gut wie wirkungslos sei, inwiefern die Volkszeitung unter den Leipziger Buchdruckern überhaupt kaum 200 Abonnenten zählte. Abgesehen hiervon sei aber im Sommer 1900 infolge einer Erhöhung des Abonnementspreises ein Abfall von etwa 1000 Exemplaren zu verzeichnen gewesen, welche bedauerliche Erscheinung jedoch finanziell mehrfach aufgewogen werde durch das Mehreträgnis aus der Abonnementspreis-Erhöhung. Herr Engelbrecht bindigt den Buchdruckern zu Unrecht das „Verdienst“, der Leipziger Volkszeitung jene 1000 Abonnenten abgejagt zu haben. Dieser Abfall erfolgte aber schon 3 bis 4 Monate vor dem Ausbruch des Buchdrucker-Konfliktes.

S. Lüdenscheid. - Ein bewegtes Jahr ist es, auf welches der hiesige Ortsverein seit seiner Neugründung im Januar 1900 zurückblicken kann; der Grund dafür ist wohl im Wesentlichen in dem permanenten Wechsel zu suchen, welchem die hiesige Mitgliedschaft ausgesetzt ist; jobann war es der in der Druckerlei von C. W. Erone jun. ausgebrochene Konflikt, welcher dem noch so jungen Ortsverein einen tüchtigen Stoß versetzte, so daß im vorigen Herbst eine Zeit lang die regelmäßigen Monatsversammlungen nicht mehr stattfinden konnten. Bekanntlich wurde in obengenannter Druckerlei den Verbandsmitgliedern mitgeteilt, entweder die Kondition zu quittieren oder aus dem Verbands auszutreten. Mit Beginn der stotzen Zeit stieg jedoch die Mitgliederzahl wieder bis auf 16, welche Höhe dieselbe augenblicklich auch noch hat; diesen stehen allerdings ungefähr noch 26 Nichtmitglieder gegenüber. - Die erste diesjährige Versammlung fand am 12. Januar statt, welche sich mit der Vorstandswahl beschäftigte (siehe Corr.). In der am 26. Januar stattgefundenen Versammlung berichtete zunächst der Vorsitzende Wechsel über die am 20. Januar in Hagen stattgefundenen Bezirksversammlung. Sodann wurde beschlossen, den Ortsbeitrag bis zu der demnächst hier stattfindenden Bezirksversammlung auf 10 Pf. zu erhöhen und nach derselben nur einen solchen von 5 Pf. zu erheben. Die Beratung des Statuts nahm eine lange Spanne Zeit in Anspruch, so daß der als 4. Punkt auf der Tagesordnung stehende Antrag betr. Einführung eines Sozialzuzuges von 10 Proz. bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden mußte. Unter Verschiedenes wurde noch die Gründung einer Bibliothek angeregt und beschlossen; wozu in Anbetracht der ungünstigen finanziellen Verhältnisse verschiedene Kollegen sich bereit erklärten, freiwillig einige Beiträge liefern zu wollen; auch werden hierdurch diejenigen vereinsfähigen Ortsvereine und Mitglieder, welche vielleicht im doppelten Besitze einiger Werke sind, freundlich gebeten, dieselben im Interesse der guten Sache doch dem hiesigen Ortsverein überweisen zu wollen, wofür im voraus der größte Dank gesagt ist. Die Adresse für solche Sendungen ist: Franz Wechsel, Lüdenscheid, Grabenstraße 17.

Oldenburg i. Or. Die letzte Korrespondenz von hier in Nr. 16 des Corr. betrifft eine Entgegnung aus Nr. 10 dieses Bl., worin ein le vorgezeichneter Herr sich in gehässiger Weise über das Verfahren der hiesigen Handwerkerkammer und der Firma Böttner in Sachen der Handwerkerzeitung ausläßt. - Der Anonymus nun in Nr. 10, der sich wohl scheut, seinen Namen zu nennen, bringt hier Behauptungen, die dem Unterzeichneten (Mitinhaber der Firma Barfuß & Jenie) doch etwas zu lächerlich und unwahr sind, um mit Stillschweigen darüber hinweggehen zu können. Er veruft sich auf einen Artikel des hiesigen General-Anzeigers, worin die Zahlen der von der Firma Böttner und uns eingereichten Angebote dermaßen entstellt waren, daß wir uns veranlaßt sahen, hierauf eine Entgegnung zur wahrheitsgemäßen Richtigstellung des Sachverhaltes, mit Unterschrift unsrer Firma versehen, in den hiesigen Blättern, die schon einen wahren Zeitungskampf in dieser Angelegenheit begonnen hatten, zu veröffentlichen. Warum führt der betreffende Anonymus nicht unsern damaligen Artikel hier an, gelesen wird er in jedemfalls haben, oder ist er der Meinung, wir führten die Ueberschrift „Wahrheitsgemäße Entgegnung“ nur darum, um mit Recht lügen zu dürfen? Kleinliche Seele! - Der le gezeichnete Artikelschreiber hat, wie wir nicht anders behaupten können, der Wahrheit die Ehre gegeben. Ich wiederhole die Ziffern hier kurz noch einmal: Unsere eingereichte Offerte war bei Lieferung von 5000 Exemplaren pro Nummer 98 Mk. = 2350 Mk. jährlich (24 Nummern), wofür die Firma Böttner mit einer solchen für 600 Exemplare pro Nummer 15 Mk. = 360 Mk. jährlich aufwartete - so ist es und nicht anders. Das Papier allein zu dieser Auflage kostet pro Nummer 42 Mk. Diese Gegenofferte, worüber sich der Vorstand der Kammer gar kein Bild machen konnte und nochmals anfragen ließ, ob da nicht ein Irrtum vorläge und pro 1000 Exemplare gerechnet wäre, darf mit vollem Rechte Schmutz-Konkurrenz in Folio genannt werden. Wo bleibt nun die Firma Böttner mit ihren zwei Seiten Annoncen für jede Nummer, woraus wir durchschnittlich 25 bis 30 Mark erzielen? Wir können auch rechnen, obwohl die Firma Böttner, wie Anonymus schreibt, bedeutend leistungsfähiger und uns weit voraus ist (beinahe dieselben Worte gebrauchte die betreffende Firma uns gegenüber in den hiesigen Zeitungen). Wir arbeiten mit gut gekulstem Personale, Gasmotor und Schnellpressen, ganz viel mehr wird Böttner auch nicht leisten können, obwohl er eine so große Maschine im Gebrauche hat, worauf er das

Blatt von acht Seiten in einer Form drucken kann. Wie wir in Erfahrung gebracht haben und noch nebenbei bemerken, kann der Motor, wenn diese große Maschine im Betriebe ist, nichts andres treiben. Ein riesiger Portteil liegt nun allerdings in dieser Maschine. Und wenn die Firma Böttner diesen Selbststich in alle Welt hinausposaunt, da muß es doch schließlich jeder glauben. - Anfügen will ich noch, daß wir die von uns ins Leben gerufene Handwerkerzeitung vom 1. November vorigen Jahres bis einschl. 1. Januar dieses Jahres, also 5 Nummern in 5000 Exemplaren, gratis und franko an alle Handwerksmeister im ganzen Herzogtum Oldenburg, die einer Organisation angehören, zur Verteilung brachten, selbstverständlich in der festen Voraussetzung, daß auch späterhin die Zeitung die unsrige bliebe. Hätte dieses Unternehmen nicht dadurch von der Kammer besetzt werden müssen, daß sie hier überhaupt eine Subvention ausschließen und keine Konkurrenten zulassen mußte? - Sehr viel böses Blut hat dieser Streich hier in Oldenburg erregt, der von einem Verwandten eines Mitgliedes der Firma Böttner (Vorstandsmitglied der Kammer!!!) in die Wege geleitet und mit Erfolg durchgeführt wurde. - Das gesamte rechtlich denkende Publikum hierorts ist auf unserer Seite und sollte sich die Handwerkerkammer, die doch dazu berufen ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß früher auf gegenwärtigen goldenen Boden stehende ehrliche Handwerker zu schützen, sehr in acht nehmen für furdere derartige Fälle. Wir sind um eine Erfahrung reicher geworden, haben allerdings den Schaden, die Kammer jedoch die Folgen zu tragen. - Und nun zu unserm Anonymus zurück. Nach meiner Mutmaßung haben wir es hier mit einem N.-B. zu thun, welcher es verstanden hat, sich unter Angabe eines falschen Namens und unter der Maske eines Verbandsmitgliedes in unsre Redaktion mit seinem Artikel einzuschleichen, denn von unsern hiesigen Verbandsmitgliedern, wobei einer, dem ich reichlich 22 Jahre als treuer Kamerad zur Seite stehe, würde es wohl keiner gewagt haben, in so böswilliger, geschäftiger Weise über unsre Druckerlei herzufallen, und gerade in dieser uns schon ohnehin so viel Uergernis bereiteten Angelegenheit. Auch wir und nicht allein Böttner beschuldigen nicht nur Verbandsmitglieder, sondern werden solche für die Zukunft stets nur beschäftigen. Mit diesem Anonymus bin ich fertig.

Theodor Barfuß.

Rundschau.

Es ist unsern Lesern feinerzeit die Mitteilung gemacht worden, daß beim Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, dem Herrn Dr. Schoenlant, sich zu „rechter Zeit“, dies heißt beim Entschien des Konfliktes mit den Verbandsmitgliedern, eine Krankheit einstellte, die ihm zu unserm Bedauern nicht gestattete, persönlich an den diesbezüglichen Verhandlungen teilzunehmen. Wir können jetzt mitteilen, daß mit dem Abschlusse der Verhandlungen auch die Krankheit verschwunden ist, so daß der Genannte in die Lage versetzt wurde, in bester Gesundheit nun seines Amtes weiter zu walten. Wir bezweifeln nicht, daß die Leipziger Arbeiter auch diesen Erfolg unsrer Stellungnahme wohl zu wirbigen wissen werden.

Der Verein der Papierfabrikanten hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, die eine Erhöhung der Papierzölle beantragt. Der Zollsatz, der gegenwärtig für Strohpapier und graues Löschpapier 1 Mk. beträgt, soll auf 4 Mk. und der Zollsatz für Druck-, Schreib- und Löschpapier von 6 Mk. auf 10 Mk. erhöht werden! Der Verein richtet sich nicht bloß gegen die Konkurrenten des Papiers, sondern auch gegen den Teil der Papierindustriellen, die exportieren. Während die Einfuhr von Papier und Pappes sich im Jahre 1898 auf 5,4 Millionen Mark bezifferte, betrug die Ausfuhr mehr als das Felmfache, nämlich 59,3 Millionen; und einem Werte der Einfuhr von Papier- und Pappwaren in Höhe von 3 Millionen stand eine Ausfuhr von 21,6 Millionen gegenüber. Diese Ausfuhr wäre natürlich durch die mit Sicherheit zu erwartenden Gegenmaßregeln des Auslandes aufs schwerste gefährdet, wenn der verhältnismäßig geringen Einfuhr die gewünschte Zollserhöhung entgegengestellt würde - einer Einfuhr von ohnehin schon so verschwindender Bedeutung, daß sie die erwähnte sprunghafte Steigerung der Druckpapierpreise nicht zu verhindern vermocht hat.

Die Verkehrsennahmen der deutschen Reichseisenbahnen sind vom Jahre 1898/99 mit 109976,9 Mk. auf 1839584 Mk. in Rechnungsjahre 1899 gesiegen; die durchschnittliche Betriebslänge bezifferte sich 1898/99 auf 1490, 1899 auf 1790 Kilometer. Im Jahre 1899 waren beschäftigt 7593 etatsmäßige Beamte, 1224 Diätäre (= 13,9 Proz. der Etatsstellen) und 15007 Arbeiter. Etatsmäßige Stellen gibt es im Etat für 1901 für Heizer und Lokomotivführer 1220, für das Zugbegleitungspersonal 1714, nicht etatsmäßige beim Lokomotivpersonal 702 (= 36,5 Proz.), beim Zugbegleitungspersonal 1088 (= 38,7 Proz.).

Der viel geschmähte Bund der Landwirthe hat gewiß und wahrhaftig ein warmes Herz für die Arbeiter. Man läßt es nicht bei bloßen Einzelheiten bewenden (siehe die Witwen- und Waisenversicherung in voriger Nummer), man geht aufs Ganze. So gelobte Dr. Hahn in der in Berlin abgehaltenen Jahresversammlung des Bundes, die ganze soziale Frage zu lösen, sobald den Herzenswünschen der Agrarier Folge geleistet worden,

d. h. den Herren der Beutel gefüllt ist: Da aber ein gefüllter Bauch bekanntlich nicht gern studiert, so wird wohl dann das Gedächtnis wieder in Vergessenheit geraten.

Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe richtete an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gegen die vorliegenden Anträge auf Ausbau der Gewerbeverordnungen. Sie wollen dieser Institution den Charakter der Sondergerichte genommen wissen, d. h. sie möchten bei gewerblichen Streitigkeiten am liebsten Angeklagter und Richter in einer Person vereint wissen.

Der Leiter einer Rugwollfabrik in Reichenbach in Schl. hatte Kinder von Wollezupfen verwendet gegen eine Entlohnung von 1 Mk. pro Woche. Er wurde wegen Uebertretung des § 135 der G.-D. angeklagt und zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Zu dem Urteile wurde bemerkt, daß die Arbeitskräfte der Kinder in dergezu unerbörter Weise gegen einen zu ihren Leistungen in keinem Verhältnisse stehenden Lohne ausgebeutet worden sind.

Die Feilz.-Ztg. meldet, daß ein Erlaß des preussischen Ministeriums, der durch die jüngsten Gerichtsurteile und Entscheidungen in dieser Frage veranlaßt worden sei, das Verhalten der Polizei gegen Streikposten dahin regelt, daß gegen Streikposten nur eingeschritten werden darf, wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einer Arbeitsstelle Streitigkeiten ausgebrochen sind. Das „nur“ ist überflüssig, da die Polizei gegen Streik - und nicht mit Unrecht - als eine „Streitigkeit“ angesehen wird. Es bleibt also wohl beim alten: Gesehlich sind Streikposten erlaubt, wenn die Polizei nicht anders befindet.

Massen-Protestversammlungen der Glasarbeiter werden gegenwärtig in allen Orten Deutschlands, wo Glashütten bestehen, einberufen, um zu dem von den vereinigten Glashüttenfabrikanten Deutschlands seit dem 2. Januar 1901 eingerichteten eignen, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorischen Arbeitsnachweise, der in Hamburg seinen Sitz hat, Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen wird eine Resolution angenommen, die die Arbeiter verpflichtet, diesen Nachweis unter keinen Umständen zu beugen. Die Glasarbeiter erblicken in dem letztern eine noch schärfere Organisation und Ausdehnung der schwarzen Listen und eine noch schlimmere Beschränkung der persönlichen Freiheit als bisher. Dieser Arbeitsnachweis bezweckt nur, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten. Die Versammelten fordern die organisierten Kollegen Deutschlands auf, überall da, wo ihrerseits noch keine Arbeitsnachweise bestehen, unermüdet solche zu gründen.

Das Maurergewerbe beginnt sich für die Frühjahrs-kampagne zu rüsten. Während die Berliner Maurer einen obligatorischen Streikbeitrag festsetzen, sind in anderen Städten schon Maurerstreiks ausgebrochen, so in Halle a. S., Nienburg a. W., Landsburg, Beckum (Westfalen) und Stettin. Besonders hartnäckig wird der Kampf in Stettin geführt. 22 Unternehmer, bei denen 361 Arbeiter beschäftigt sind, haben die Forderungen bewilligt, während 47 mit 261 Arbeitern sich bis jetzt ablehnend verhielten. Neben den Maurern sind es in diesem Jahre besonders die Steinseher, die höhern Lohn und günstigere Arbeitsbedingungen fordern. Lohnbewegungen der Steinseher sind zu verzeichnen in Altona, Brandenburg a. H., Charlottenburg, Kitzin, Essen a. R., Halle a. S., Lindenwalde, Magdeburg, Prenzlau, Strasburg (Uckermark), Frankfurt a. M., Briesen, Landsbut in Bayern, Mainz und Graubenz.

Die Fortsetzung des Streiks der Mangler in Langenbielau wurde durch Arbeitswilligkeit unmöglich gemacht. Auf einer Grube des Grafen Magnis im Kreise Neurobe (Schles.) wurden die Löhne herabgesetzt bei gleichbleibenden Kohlenpreisen. Die Musterzeiger in Plauen i. V. haben durchgängig eine Lohnaufbesserung erzielt als Folge einer Eingabe ihres Vereins, der über 300 Mitglieder zählt. Damit ist aber die Lohnbewegung nicht beendet, da es sich nur um minimale Zugeständnisse handelt und mehrere anderweite Forderungen unberücksichtigt blieben. In Wilkau (Sachsen) legte der Inhaber einer dort befindlichen Stuhl- und Möbelfabrik den Arbeitern einen nach eigenem Ermessen aufgestellten Tarif vor, welcher sich so wenig des Beifalles der Arbeiter erfreute, daß diese es vorzogen, die Arbeit liegen zu lassen.

Etütagänge.

Heft 4 (Januar) des Deutschen Buch- und Stein-druckers enthält neben einem Nekrologe mit Bildnis des am 31. Dezember 1900 verstorbenen Hermann F. Gieseler (Seniordirektor der Firma Gieseler & Debrient) und einem Gedenkblatte zum 100. Todestage des Zeichners Daniel Chodowicki einen beachtlichen Artikel über Zeichenunterricht von Stefan Steinlein in München. Zu dem heutigen realistischen Streben nach Gewinn, wo allem künstlerischen aber unproduktiven Schaffen nur der kleinste Raum in der Werkstatt oder Fabrik eingeräumt, ist das ideale Streben des Verfassers, trotz oder gerade wegen der Sebmachine zu zeigen, wohin der letztere dem „Kopfe, Auge und Hand“ des Menschen zu folgen vermag, als ein großes Verdienst anzuzählen. Da in Zukunft die Seher in zwei große Gruppen - die Maschinen- und die Accidenzseher - zerfallen werden, hat der letztere Teil resp. diejenigen, welche eine Befähigung vermissen, sich dem Gebiete der Accidenzkunst zuzuwenden, alle Ursache, für eine genügende Ausbildung zu sorgen, um in dem härter werdenden Kampfe ums Dasein bestehen zu können. Eine Reihe weiterer technischer Abhandlungen sowie Satz- und Druckmuster ergänzen den Inhalt der von uns schon wiederholt günstig besprochenen Fachschrift. Verlag von Ernst Morgensftein, Berlin W 57.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) enthält Nr. 4 u. n.: Zur Lage der Arbeiterinnen in Frankreich, Aus der Bewegung. Feuilleton. Weibliche Fabrikinspektoren. Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. Soziale Fürsorge für Mütter und Kinder. Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. Frauenstimmrecht. Frauenbewegung Vermischtes. Das Blatt erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nr. 10 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Gestorben.

In Hannover am 9. Februar der Seherinvalid Alex Altens, 72 Jahre alt.

Briefkasten.

F. B. in Müdenscheid: W. Franz, Bornstraße 11.

Verbandsnachrichten.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 20. Februar, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.

Mittelrhein. Die Adresse des Gauvorsitzenden Benzler lautet nunmehr: Ludwigshafen a. Rh., Prinz-Regentenstraße 12.

Bezirk Bochum. Vor Konditionsannahme in der Druckerei R. Fricke in Wanne wird hiernit gewarnt, da in derselben die untariflichsten Verhältnisse herrschen.

Bezirk Frankfurt a. M. Den Kollegen diene hierdurch zur Nachricht, daß der durch die am 18. d. M. abgehaltene Mitgliederversammlung ausgefallene Vereinsabend durch einen einfachen Bücheraustausch-Abend am Donnerstag den 21. d. M., abends 9 Uhr, ersetzt wird.

Bezirk Gera. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr wie bisher zusammen: Werner Dreinf, Bahndammstraße 14, Vorsitzender; Ernst Schubert, Feldstraße 9, Kassierer; Rich. Näser, Schriftführer; Robert Schmidt, Stellvertreter und Bibliothekar. Zu Revisoren wurden die Kollegen Joh. Majorl und Fr. Jacob gewählt.

Bezirk Ludwigshafen a. Rh. Der Drucker Feil Steidinger aus Lahr in Baden wird ersucht, sofort seine Verpflichtungen in Ordnung zu bringen. Die beruflichen Verbandsfunktionäre werden ersucht, die Adresse des betreffenden Kollegen an Aug. Endemann in Ludwigshafen a. Rh. gelangen zu lassen.

Bezirk Saarbrücken. Da im hiesigen Bezirke verschiedene Druckereien wegen Nichtanerkennung des Tarifes f. B. für Verbandsmitglieder geschlossen wurden, so ersuchen wir die betreffenden Kollegen, in ihrem eignen Interesse bei Konditionsangeboten aus dem Bezirke vorher Erkundigungen beim Vorsitzenden C. Madenach in Saarbrücken, Metzgerstraße 13, einzuholen.

Amerleben. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: H. Bilm, Fürstentweg 40c, Vorsitzender; G. Meher, Hinterbreite 19, Kassierer; R. Müller, Schriftführer.

Hagen i. W. Die Seher Karl Wenz aus Wittenberg a. d. E. und Wilhelm Elstroth aus Sieboldshausen sowie die Drucker Karl Wagner aus Magdeburg, Jul. Gennrich aus Landsberg a. d. Warthe und der Schweizerdegen Fridolin Uttschill aus Roderham (Böhmen) werden hiernit aufgefordert, längstens bis innerhalb acht Tagen ihre Quittungsbücher bei Aug. Ringel, Bolmestraße 64, einzulösen, widrigenfalls der Ausschluß beangelt wird.

Warburg. Bei der am 10. Februar erfolgten Neuwahl wurde der seitige Bezirksvorstand wiedergewählt und besteht sonach aus: H. Weber, Odershäuser Allee 13, Vorsitzender; A. Knopf, Mehrgasse 6, Kassierer; G. Stumpf, Schiff; G. Härtling u. F. Mecke, Revisoren und Krankenfürher; F. J. Ottersbach, Bibliothekar.

Weihen. Die am 9. Februar vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: Hugo Christoph, Weihen-Neustadt, Hafenstraße 3, Vorsitzender; Theodor Bittler, Fischerstraße 6 B, part., Kassierer; Otto Bäusch, Schriftführer; Otto Kummer, Stellvertreter; Böhm und Käpfer, Revisoren; Wichmann und Walter, Krankenfürher.

Saarbrücken. Der Seher R. Deutsche aus Stuttgart wird ersucht, sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung. **Warburg.** Zum Reisekassenverwalter wurde der Kollege H. Weber wiedergewählt und zahlt derselbe wie seither jeden Abend von 6 bis 1/2 7 Uhr bei C. Müller, Fischerberg 12, aus.

Weihen. Das Blattum an die durchreisenden Kollegen wird hierorts durch den Kollegen Himmel ausbezahlt und zwar in der Zeit von 12 bis 1/2 2 Uhr mittags und abends von 6 Uhr ab im Buchdrucker-Verkehr von Schanze, Gerbergasse.

Unterstützungsverein

für Buchdrucker und Schriftgießer in Stol und Vorarlberg.

Seit 1. Januar ist in Zuzst (Grenze bei Füssen) eine neue Zahlstelle errichtet worden. Zahlstellenverwalter Josef Wächter bringt die Unterstützung in der Buchdrucker Rampe von 10 bis 12 Uhr vormittags zur Auszahlung.

Schweizerischer Typographenbund.

Wintertthur. Um Einsendung der Adressen der Seher Josef Hey aus Heiligenstadt (Thüringen) und Rupert Schönb aus Königgrätz, beide von Herbst 1898 bis Frühjahr 1899 in Wintertthur konditionierend, bittet für den Vorstand der hiesigen Typographia G. Morf, Warfstraße 21.

Druckerei-Verkauf.

Wegen vorgerückten Alters wünscht der eine Leihhaber einer mittleren Druckerei mit sehr guter Kundenliste sich zurückzuziehen. Bedingungen der Uebernahme günstig. Briefe unter S. 19 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Glänzende Existenz bietet verkauft. Buch- u. Steinbr. in Ort von 65000 Einn. (Brau. Brand). Barpreis 13500 Mk. Werte Off. unter „Goldhähners Zukunft 15“ an die Gesch. d. Bl.

Für einen guten **Maschinenmeister**, welcher über 10-12000 Mk. bar verfügt, bietet sich eine sehr günstige Gelegenheit, mit noch einem Herrn (Seher und Medakteur) zusammen eine **Buchdruckerei mit Zeitung** in einem großen Vororte Berlins zu übernehmen. Werte Off. von Selbstreklamanten unter Nr. 12 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schleimigst gesucht

an jedem, auch dem kleinsten Orte, ein Agent zum Verkauf unserer vorzüglichen **Zigarren** an Wirte, Händler usw. Vergütung 120 Mk. pro Monat und hohe Provision. [20] **J. Ried & Co., Hamburg, Borgfelde.**

Faktor

im Zeitungs- und Accidensfache tüchtig, mit guten Empfehlungen, findet dauernde und angenehme Stellung per 1. Juni d. J. Werte Offerten an den Verlag der **Münchener Post** in München erbeten. [22]

Für eine mittlere Druckerei Leipzigs wird in dauernde und angenehme Stellung ein zuverlässiger

Korrektor

gesucht. Werte Offerten unter C. 10 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister

gesucht zu sofort und für Ende März, Leipzig a. M. **C. Haberland.** [11]

Geübter Bohrer

für Matrizenbohrmaschine bei hohem Lohne in dauernde Stellung gesucht. Angebote unter G. 984 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger Maschinenmeister

mit Schnell- und Siegeldruckpresse verk., vers. i. Illustrations-, Accidens- u. Werkdrucke, in d. Stell. W. Off. u. O. G. 983 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Die Technik der bunten Accidens.

II. Auflage. Von **Otto Krüger**, Buchdruckereifaktor. Ein anerkannt vorzügliches, für die tägliche Praxis berechnetes Hilfs- und Nachschlagewerk für Seher und Drucker. — Francozusug gegen Einsendung von 3,50 Mk. vom Verleger, Berlin, Kottbuser Ufer 64. [955]

Für Stempelschneider und Graveure.

Wir beabsichtigen eine größere Anzahl Prot., Titel- und Zierchriften in Stahl und Zeug außer dem Hause schneiden zu lassen. Bedingung: schnellste Bedienung, sauberste und korrekteste Ausführung. Werte Offerten erbeten an: **Schriftgießerei D. J. Lehmann, A.-G., St. Petersburg.** [16]

Freie Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 17. Februar abends 6 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Ordnentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Antrag des Vorstandes, abtreibende Mitglieder betreffend. 4. Vorstandswahl. 5. Verschickenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.** [18]

Dresden.

Sonnabend den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des **Elorado**, Steinstraße: **Versammlung der Dresdener Gaumitglieder.**

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum ablaufenden Tarife. Ref.: Kollege Eichler-Leipzig. 2. Debatte und Beschlußfassung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragekasten. Einem zahlreichen Besuche erwartet **Der Vorstand.** [4]

Frankfurt am Main.

Montag den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale zum **Lindenfels**, Bahrgasse, eine

Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Stellung von Anträgen zum Gantage; 3. Stellungnahme zum 2. Tagatorium der Witwen- und Waisenkasse im Gau Frankfurt-Deffen; 4. Geldbewilligungen; 5. Verschickenes. Alle Kollegen des Bezirks sind hierzu freundlichst eingeladen und erwartet regen Besuch **Der Vorstand.** [13]

LEIPZIG.

Freitag den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Theatersaale des **Kristallpalastes**: **Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Tarifrevision oder Tarifbindung. Referent: Gehilfenvertreter Conrad Eichler. 2. Diskussion. Einem zahlreichen Besuche sieht entgegen **Der Einberufer: Karl Engelbrecht.**

Darmstadt.

Sonntag d. 24. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Wirtschaft **Zur Eisenbahn** (Gartensaal), Ecke der Medar- u. Eichbathenstr.: **Generalversammlung.**

Tagesordnung: 1. Berichten des Protokolls; 2. Jahresbericht des Vorsitzenden; 3. Rechnungsablage des Kassierers und des Bibliothekars sowie Bericht der Revisoren; 4. Neuwahl des Vorstandes; 5. Beschlußfassung über Anträge, welche vor Beginn der Versammlung eingebracht werden; 6. Fragekasten. — Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder des Bezirks höflichst eingeladen. **Der Vorstand.** [21]

Gera.

Sonnabend den 16. Februar, abds. 1/9 Uhr: **Angerordentl. Generalversammlung.** Fortsetzung der in letzter Generalversammlung abgebrochenen Aussprache über die Kartell-Angelegenheit — Fehlen, Zuspätkommen usw. wird bestraft. **Der Vorstand.** [18]

Schriftgießerei J. D. Trennert & Sohn

Altona-Hamburg Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen jeglichen Umfangs. Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl. Kostenanschläge u. Proben stets gern zu Diensten

3 Mk. Photograph. Apparat auch größere Apparate (auf Wunsch Teilzahlung). — Illustrierte Preisliste frei. **V. Böhme, Berlin 63.** [716]

Alter Gasthof Paunsdorf b. Leipzig.

Empfehle meinen werthen Kollegen meine schönen und großen Restaurationslokalitäten. **Biere** sowie **Speisen** preiswert und gut. **Jeden Sonntag Konzert und Tanz.** Einem geneigten Besuche sieht entgegen **Otto Riedhof.** [911]

Kulmbacher Bierstube.

Leipzig, Brüderstraße 9. **Verzinslokal der Buchdr. u. Schriftgießer.** Gutgeferdigtes **Naumannsches** u. echt **Kulmbacher** (Berleinsches) Bier; saubere Küche. Bürgerlicher Mittagstisch 40 Pf. [732] **William Küniger.**

Richard Härtel, Leipzig-N.

Buchhandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Zabellen zur Zahberechnung.** Von Karl Windischel. Angabe des Zahpreises einer beliebigen Zeilenzahl samt Zuschlägen für alle Regelgrößen. Auf 56 Seiten (3/2 Bogen gr. 8) enthalten diese Tabellen die Grundpreise von 34 bis 95 Pf. des gesamten deutschen Normaltarifes in je 100 Formaten u. zwar von 31 bis 130 Buchstaben pro Zeile. Ein Buch, das in keinem Druckereibüro und in keinem Seherkaufe fehlen dürfte. Preis 3 Mk. **Ursachen und Wirkungen.** Praktische Winke für Buchdruckereibesitzer und deren technische Beamte. Von C. Rink. 1,50 Mk. **Technisches Wörterverzeichnis der Graphischen Branche** in deutscher, englischer und französischer Sprache. 2 Mk. **Rührschers Universal-Konversations-Vexikon** in einem Bande. 3. Aufl. Mit 2733 Illustrat. im Texte. 400 farbiger auf 12 Tafeln und 4 Landkarten. 8 Mk. **Rührschers Sprachen-Vexikon** — Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch, mit vier sprachigen Vexillisten. 5 Mk. **Der englische Verlags.** Von Sellwig. 30 Pf.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Millo. — In Vorstendland, Su-matra, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung. [728]